

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 52
33. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,
27. Dezember 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kahler, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.
Telefon: Amt Jannowitz 62 46

Geschäftsanzeigen werden nach Tarif berechnet.
Arbeitervermittlungen 50 Pfennig die Millimeterzeile.
Verbandsanzeigen kosten 30 Pfennig die Millimeterzeile.

Zur Jahreswende.

Das zur Rüste gehende Jahr 1930 wird uns noch lange in wenig angenehmer Erinnerung bleiben. Denkt man zurück an die Kriegs- und an die Hungerjahre, an die Nöte und die Entbehrungen, die uns damals auferlegt waren, dann kann man zweifeln, ob das Jahr 1930 als das schlimmste bezeichnet werden darf. In einer Hinsicht aber hat es sicher jeden Rekord gebrochen: Noch nie hat die Arbeitslosigkeit einen solchen Umfang angenommen, noch nie hat sie sich so ausdauernd behauptet wie in dem Unglücksjahr 1930.

Die Arbeitslosigkeit, die dem scheidenden Jahre ihren Stempel aufgedrückt hat, ist der Ausdruck der schweren Wirtschaftskrise, von der nicht nur Deutschland, sondern die gesamte Kulturwelt betroffen ist. Gerade das Jahr 1930 hat es recht augenfällig gemacht, wie stark das politische Geschehen von den wirtschaftlichen Zuständen beeinflusst wird. Die innerpolitischen Krisen, deren wir im Laufe des Jahres mehrere von wachsender Schärfe erlebt haben, sind in starkem Maße unmittelbar von der Arbeitslosenfrage ausgelöst worden. Die gesetzliche Verpflichtung des Reichs, der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung im Bedarfsfalle Darlehen zu gewähren, hat sich als schwere Last für die Reichsfinanzen erwiesen. Lange, viel zu lange hat man gezögert, sich für die notwendige Erhöhung der Beiträge zur reichsgesetzlichen Arbeitslosenversicherung zu entscheiden. Schließlich mußten viel höhere Sätze beschlossen werden als die, deretwegen man schwerste Konflikte heraufbeschworen hat.

Die Sozialdemokratie, die in völligem Einvernehmen mit den Gewerkschaften operierte, hat sich im Frühjahr nicht leichtem Herzens für die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung eingesetzt. Es handelte sich um eine notwendige Maßnahme zur Erhaltung der Arbeitslosenversicherung, welche das Unternehmertum und dessen vornehmste politische Vertretung, die Deutsche Volkspartei, versacken lassen wollten. Der Streit um die Arbeitslosenversicherung führte Ende März zum Sturz des Kabinetts Müller. Der volksparteiliche Reichsfinanzminister verleugnete sein Kind, nämlich die von ihm ausgearbeitete Regierungsvorlage, und erklärte seinen Austritt aus der Regierung, die damit aufflog.

Das Kabinett Müller wurde abgelöst durch die Regierung Brüning. Der neue Reichszankler suchte seine Mitarbeiter unter dem „Interessentenhaufen“, von dem der Reichsfinanzminister in der letzten Sitzung des Reichstages vor dessen Auflösung sprach, nämlich unter den kleinen Parteien, die, wie das bei der Wirtschaftspartei besonders deutlich in Erscheinung trat, für ihre, dem Kabinett so wertvollen Stimmen Sondervorteile einzuhändigen suchten. Die Einsetzung der Brüning-Regierung bedeutete eine scharfe Wendung in der deutschen Innenpolitik, sie führte zu Erscheinungen, die auch solche Kreise höchst peinlich empfinden, die noch vor wenigen Monaten dem neuen Reichszankler freudig zugejubelt haben.

Man hat viel darüber gestritten, ob die Sozialdemokraten klug beraten waren, als sie wegen einer Differenz, die, oberflächlich betrachtet, gar nicht sehr erheblich war, aus der Regierung ausschieden. So einfach lagen aber die Dinge damals nicht. Der Rücktritt der Regierung Müller und die Berufung des Reichszanklers Brüning waren der Schlüsselpunkt eines Intrigenstückes, über welches in der Öffentlichkeit nur andeutungsweise gesprochen wurde. Jedenfalls entsprach das Ergebnis den Wünschen des Reichspräsidenten von Hindenburg, der Herrn Brüning und einigen anderen Herren, die nun in die Regierung einzogen, starke persönliche Sympathien entgegenbringt. Ob allerdings das, was später kam, den Wünschen dieser entspricht, die die Intrigen gesponnen haben, darf billig bezweifelt werden.

Die Regierung Brüning hatte keine parlamentarische Mehrheit. Ihr Versuch, mit dem Artikel 48 zu regieren,

wurde vom Reichstag durchkreuzt. Es kam zur Auflösung des Reichstages und zu dem Bergsturz am 14. September. Das Anwachsen der Flügelparteien rechts und links ist eine direkte Folge der Wirtschaftsnöte, der gewaltigen Arbeitslosigkeit. Zugleich aber auch ein beschämendes Zeugnis für die politische Unreife weiter Kreise des deutschen Volkes. Sie hat es bewirkt, daß der am 14. September gewählte Reichstag arbeitsunfähig ist. Die Regierung Brüning ist durch die Hilfe der Sozialdemokraten mühselig am Leben erhalten worden. Die Sozialdemokratie hat das Kabinett Brüning vor dem Sturz bewahrt, als das kleinere Übel, um Schlimmeres zu verhüten. Dabei stehen aber die Dinge so, daß nach Neujahr mit sehr ernsten politischen Komplikationen gerechnet werden muß.

Die Kurve der Arbeitslosigkeit hat den Gang der inneren Politik in Deutschland stark beeinflusst, erst recht natürlich die Tätigkeit und die Entwicklung der Gewerkschaften. Der Mitgliederstand der Verbände hat sich im allgemeinen gehalten, doch dürften sich, wenn der volle Überblick möglich ist, manche merkbare Lücke zeigen. Durch die Wirtschaftslage wurden die Gewerkschaften in stärkerem Maße in die Abwehr gedrängt. Hierbei haben sich die Arbeiter nicht nur gegen die Unternehmer zu wehren. Auch die Reichsregierung ist unter der Führung des Reichsarbeitsministers Stegerwald in die Front ihrer Gegner eingeschwenkt. Preisabbau lautet das Modewort. Zwar ist von einer Senkung der Lebenshaltungskosten der Arbeiter kaum etwas Ernsthaftes zu spüren, aber die Unternehmer haben die Parole aufgenommen. Preisabbau, so sagen sie, bedeutet Senkung der Herstellungskosten, also Herabsetzung der Löhne. Wir leben in einer Zeit, in der die Lohnabbau-Psychose wie eine ansteckende Krankheit grassiert, unter aktiver Förderung der Reichsregierung.

Die Schlichter sind Organe des Reichsarbeitsministeriums, die angeblich ihr Amt in völliger Unabhängigkeit ausüben und an Weisungen der Regierung nicht gebunden sind. Aber sie haben ein sehr feines Empfinden für das, was man in der Regierung wünscht. Es vergeht kaum ein Tag, der nicht Kunde bringt von Schiedsprüchen der amtlichen Schlichtungsorgane, die bald hier, bald dort, bald für diesen, bald für jenen Berufszweig eine Herabsetzung der Löhne bedeuten. Auch in verschiedenen Zweigen der Holzindustrie haben die auf Lohnsenkung gerichteten Bestrebungen der Unter-

nehmer, dank der wirksamen Unterstützung der Behörden, schon einige Erfolge erzielt.

Als die Lohnabkommen im Bereich des Mantelvertrages für das deutsche Holzgewerbe zum 1. August abliefen, war das Verlangen des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Holzgewerbe gleichfalls auf eine Senkung der Tariflöhne gerichtet. Der Spruch des Lohnamtes, der den Unternehmern die Möglichkeit brachte, die Akkordsätze in gewissem Ausmaß einer Nachprüfung zu unterziehen, genügte ihnen nicht. Auch der Reichsarbeitsminister Stegerwald wünschte eine energische Lohnsenkung; er hat den Antrag auf Verbindlich-erklärung des Schiedspruches abgelehnt.

Nun hat der Arbeitgeberverband eine neue Lohnabbauaktion eingeleitet. Nicht zufrieden damit, daß die tatsächlichen Löhne und die Akkordsätze an vielen Stellen starke Abstriche erfahren haben, will er, noch ehe der gekündigte Mantelvertrag am 15. Februar 1931 sein Ende erreicht, neue Tariflöhne vereinbaren, die weit tiefer liegen als die der abgelassenen Lohnabkommen. Über die schwebenden Verhandlungen berichten wir an anderer Stelle.

Das nun zu Ende gehende Jahr findet das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterschaft in einer wenig erfreulichen Verfassung. Politisch befinden wir uns in einem Zustande der Hochspannung. Wenn auch pessimistische Befürchtungen, die mit bevorstehenden Explosionen rechnen, nicht begründet sein mögen, zumal angelegte Revolutionen nicht auszubrechen pflegen, so erregt die Ungewißheit über die Gestaltung der nächsten Zukunft doch ein Gefühl des Unbehagens. Dieses Gefühl wird verstärkt durch die schwere wirtschaftliche Depression. Noch hat die Arbeitslosigkeit ihren Höhepunkt nicht erreicht. Zu den zahlreichen Betriebseinschränkungen und Stilllegungen kommen gerade um die Jahreswende noch viele neue mit ihren bösen Folgen für die betroffene Arbeiterschaft.

Gegenüber den großen und noch wachsenden Schwierigkeiten, die sich vor uns auftürmen, wollen wir unsern Blick nicht verschließen. Aber wir dürfen uns von ihnen nicht unterkriegen lassen. Jetzt gilt es stark sein und die Nerven behalten. Das Jahr 1930 war ein schlimmes Jahr, und es hat seinen Charakter bis zum Schluß bewahrt. Dunkel liegt die Zukunft vor uns, aber wir müssen uns das Selbstvertrauen bewahren. Vertrauen in die eigene Kraft, Vertrauen zur Organisation, Vertrauen zur sieghaften Macht der Arbeiterklasse, das wird uns instand setzen, erfolgreich die Kämpfe zu bestehen, die uns das neue Jahr voraussichtlich in reicher Fülle bringen wird.

So geht es nicht!

In der Frage der tariflichen Lohnregelung nimmt der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes eine Stellung ein, die schwer zu verstehen ist. Bei der Beurteilung seiner Politik muß ihm aber als mildernder Umstand angerechnet werden, daß er über Ziel und Richtung seines Vorgehens vermutlich im Augenblick selbst noch nicht im klaren ist. Der Selbsterhaltungstrieb zwingt ihn, eine Aktion zu unternehmen, und so beantragte er eine Herabsetzung der Löhne um 15 Prozent, ohne sich Gedanken darüber zu machen, auf welcher Grundlage überhaupt eine Lohnvereinbarung getroffen werden kann.

Dem Drängen seiner wilden Männer folgend, hat der Arbeitgeberverband die bis dahin geltenden Lohnabkommen zum Ablauf am 1. August gekündigt. Das daraufhin eingeleitete Verfahren wurde bis zum Spruch des tariflichen Lohnamtes durchgeführt. Wäre es ihm darum zu tun gewesen, eine tarifliche Lohnregelung beizubehalten, dann hätte der Arbeitgeberverband diesen Spruch annehmen müssen. Er kam, wenn er auch die bisherigen Tariflöhne beibehielt, doch den Wünschen der Unternehmer stark entgegen. Und dann handelte es sich um eine kurzfristige Regelung. Bei den Verhandlungen über die Erneuerung des am 15. Februar 1931 ablaufenden Mantelvertrages hätte auch ohnehin die Lohnfrage erneut geregelt werden müssen. Dabei bestand kein Hindernis für einen frühzeitigen Beginn der Vertragsverhandlungen.

Der Arbeitgeberverband hat diese Lösung nicht gewollt, er hat es lieber gesehen, daß für das letzte Halbjahr der Geltung des Mantelvertrages eine tarifliche Lohnregelung nicht besteht. Aber nun, wo es allmählich Zeit wird, die Verhandlungen über das gesamte Vertragswesen aufzunehmen, kommt er plötzlich mit dem Verlangen nach Abschluß eines neuen Lohnabkommens. Es spricht manches dafür, daß man im Arbeitgeberverband damit rechnete, der Holzarbeiter-Verband würde solche zwecklosen Verhandlungen ablehnen. Dann hätte man ihm der Öffentlichkeit gegenüber die Schuld für alle Weiterungen zuschieben können.

Unser Verbandsvorstand hat sich aber, wie stets, so auch diesmal zu Verhandlungen bereit erklärt. Dem weitergehenden Wunsch der Unternehmer, auf die Parteiverhandlungen zu verzichten und gleich das tarifliche Lohnamt anzurufen, konnte er aber nicht entsprechen. Das hätte eine Verletzung der Bestimmungen des Mantelvertrages bedeutet, der für die Formen, in denen Lohnverhandlungen geführt werden, bestimmte Vorschriften enthält. So traten denn die Parteivertreter am 16. Dezember zu Lohnverhandlungen zusammen.

Der Arbeitgeberverband wiederholte seine Forderung auf Herabsetzung der Tariflöhne sowie der bestehenden Stundenlöhne und Akkordsätze um 15 Prozent. Ein Abkommen mit solchem Inhalt wollte er bis zum 15. Februar 1931 abschließen. Seine Stellung zu der Frage der Erneue-

Die Mantelverträge wollte er sich aber offenhalten. Den Gegenvorschlag, den Schiedsrichter des Lohnamtes vom 22. August anzuerkennen und dann möglichst bald über den Mantelvertrag und ein neues Lohnabkommen zu verhandeln, lehnte der Arbeitgeberverband ab.

Seine Scheu vor einer Bindung hinsichtlich des Abschlusses eines neuen Mantelvertrages ist verständlich, wenn man die Organisationsverhältnisse im Unternehmerlager kennt. Der Arbeitgeberverband weiß heute noch nicht, welchen räumlichen Umfang das Vertragsgebiet haben wird, für das er verhandeln kann. Der jetzige Vorstoß in der Lohnfrage ist ein Mittel zur Werbung für den Arbeitgeberverband. Führt das Vorgehen zu dem gewünschten Erfolg, dann wird es nicht nur die wankenden Mitglieder festigen, sondern auch wohl manche abgefallenen Glieder wieder dem verbliebenen Stamm zuführen. Aber der begreifliche Wunsch des Arbeitgeberverbandes, seine Organisation zu festigen und zu stärken, kann uns nicht veranlassen, ein Lohnabkommen zu treffen, das günstigenfalls einige Wochen gelten soll. Das wäre nicht nur unwirtschaftlich, es würde auch nicht die Ruhe in den Betrieben schaffen, auf deren Erhaltung die Unternehmer doch sonst bei allen Verhandlungen den größten Wert legen. Deshalb konnte auch der Vorschlag, den die Unternehmer nach dem Scheitern der Parteiverhandlungen machten, nunmehr gemeinsam das tarifliche Lohnamt anzurufen, nicht angenommen werden.

Der Arbeitgeberverband hat begreifliche Sehnsucht nach einem Schiedsrichter, der ihm den Lohnabbau bringt, aber so, wie er die Sache ansieht, geht es nicht. Wir sind gern bereit, ehrliche Vertragspolitik zu treiben. Unser Verband führt Verhandlungen und schließt Tarifverträge, die Sinn und Zweck haben, aber Vereinbarungen zu treffen, die kein anderes Ziel verfolgen, als dem Arbeitgeberverband die Säfen in die Röhre zu jagen, dazu läßt er sich nicht mißbrauchen, und deshalb mußten die Verhandlungen am 16. Dezember ergebnislos bleiben.

Der Arbeitgeberverband hat aber die Hoffnung, sein Ziel zu erreichen, noch nicht aufgegeben. Im Vertrauen darauf, daß das Reichsarbeitsministerium seine Mission darin erblickt, den Lohnabbau zu fördern, lenkten die Unternehmer ihre Schritte dorthin. Schon am 17. Dezember wurde unser Verbandsvorstand ins Reichsarbeitsministerium gebeten. In der Aussprache mit dem zuständigen Vertreter des Ministeriums machte dieser den Parteien einen Vorschlag, der etwa folgendes besagt:

Der Arbeitgeberverband unterbreitet dem Holzarbeiter-Verband bis zum 12. Januar 1931 seine Anträge zur Erneuerung des Mantelvertrages.

Der Holzarbeiter-Verband erhält zur Prüfung der Arbeitgebervertragslage Frist bis zum 18. Januar 1931.

Am 20. Januar 1931 verhandeln die Parteien gleichzeitig über die Erneuerung des Lohnabkommens und des Mantelvertrages.

Das Reichsarbeitsministerium stellt zu den Parteiverhandlungen ein unparteiisches Vorstehendes, der das Ministerium über den Gang der Verhandlungen auf dem laufenden hält und eventuell später als Schlichter in Betracht gezogen werden kann.

Das wäre ein Vorschlag, der der Sachlage angepaßt ist und dem unsere Vertreter ohne weiteres zustimmen. Die Vertreter des Arbeitgeberverbandes lehnten diesen Vorschlag nicht sofort ab, sondern sie überließen es ihrer Verhandlungskommission, die Ablehnung zu beschließen. Damit sind unsere Vermutungen über die Tattil der Unternehmer vollumfänglich bestätigt.

Der Arbeitgeberverband will eine Lohnvereinbarung, welche die früheren Tariflöhne energig abbaut. Diese Vereinbarung will er sehr schnell haben, denn sie soll die Standard sein, unter der der Arbeitgeberverband die Unternehmer des Holzgewerbes sammelt. Ist diese Sammlung gelungen, dann kann man ohne Überstürzung an die Vertragsverhandlungen gehen, bei welchen noch ein weiterer Lohnabbau gefordert werden kann.

So geht es aber wirklich nicht. Für solch einen Handel sind die Vertreter des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes nicht stark genug. Die Verhandlungen über den vom Arbeitgeberverband geforderten Lohnabbau haben also zu keinem Ergebnis geführt. Ob sie noch einmal aufgenommen werden, hängt vom Arbeitgeberverband ab.

Wie steht es mit den Tischlerlöhnen?

Von Dr. Wilhelm Wolff, Berlin.

Die Reichsregierung Brüning will der banal liegenden Wirtschaft durch einen radikalen Lohnabbau aufhelfen, da sie in ihrem Wirtschaftsprogramm behauptet, daß ohne diesen Lohnabbau die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sei. Man könnte aus dieser Absicht schließen, daß die deutschen Löhne zu den höchsten der Welt gehören. Leider ist aber gerade das Gegenteil der Fall. Deutschland gehört zu den Ländern, in denen die niedrigsten Löhne, sowohl nach dem nominalen Geldwert (Nominallohn) als auch nach der tatsächlichen Kaufkraft (Reallohn), gezahlt werden.

Die obige Behauptung richtig ist, läßt sich aus der vom Internationalen Arbeitsamt (I.A.) in seiner Monatschrift „Internationale Handlöhne der Arbeit“ regelmäßig veröffentlichten Statistik über die Löhne einer Reihe von Gewerbetreibenden in verschiedenen Ländern und Städten der Welt nachweisen. Die neuesten vom I.A. veröffentlichten Zahlen bringen die Lohnsituation nach dem Stande vom Juli 1930.

Nachstehende Ausführungen und Tabellen behandeln die Nominal- und Reallohne der Möbelindustrie.

Stundenlöhne in der Möbelindustrie im Juli 1930 in verschiedenen Ländern und Städten in der Landeswährung und umgerechnet in Mark.

Länder	Städte	Einfacher		Gehobener	
		Dollar	Mark	Dollar	Mark
Vereinigte Staaten von Nordamerika	Boston	0,71	2,98	0,72	3,02
	Los Angeles	0,65	2,73	0,78	3,28
	San Francisco	0,65	2,73	0,78	3,28
	Chicago	0,69	2,86	0,81	2,56
	New York	0,61	2,56	0,58	2,44
	Philadelphia	0,53	2,23	0,50	2,10
	St. Louis	0,51	2,14	0,50	2,10
	Baltimore	0,53	2,23	0,46	1,93
Kanada	Montreal	0,65	2,73	0,70	2,94
	Vancouver	0,73	3,07	—	—
	Winnipeg	0,68	2,86	0,60	2,52
	Toronto	0,65	2,73	0,63	2,65
	Ottawa	0,50	2,10	0,50	2,10
Irland	Dublin	1/10	1,87	1/10	1,87
	Cork	1/09	1,78	1/09	1,78
	Dundall	1/07	1,62	1/06	1,58
Großbritannien	London	1/09	1,79	1/08 1/2	1,75
	Manchester, Leeds	1/07 1/2	1,66	1/07 1/2	1,66
	Glasgow	1/06 1/2	1,57	1/06 1/2	1,57
	New Castle	1/06 1/2	1,57	1/06	1,53
	Birmingham, Bristol	1/06	1,53	1/06	1,53
Dänemark	Kopenhagen	1,53	1,71	—	—
Schweden	Stockholm	1,47	1,65	1,47	1,65
	Göteborg	1,29	1,44	1,29	1,44
	Malmö	1,26	1,41	1,26	1,41
Deutschland	Berlin	—	1,30	—	1,30
	Hamburg	—	1,29	—	1,29
	Köln	—	1,29	—	1,29
	Leipzig	—	1,22	—	1,22
	München	—	1,22	—	1,22
	Breslau	—	1,09	—	1,09
Niederlande	Haag	0,80	1,35	0,73	1,23
	Amsterdam	0,78	1,32	—	—
	Rotterdam	0,74	1,25	0,69	1,16
	Utrecht	0,69	1,16	0,64	1,08
Italien	Rom	3,60	0,79	3,70	0,81
	Turin	3,80	0,84	3,75	0,82
	Triest	4,35	0,96	2,50	0,55
	Genua	3,50	0,77	3,50	0,77
	Mailand	3,91	0,86	2,35	0,52
	Florenz	3,15	0,69	2,70	0,59
Österreich	Wien	1,40	0,83	—	—
	Salzburg	1,35	0,80	—	—
	Graz	1,30	0,77	—	—
Spanien	Madrid	1,50	0,71	1,88	0,88
	Barcelona	1,50	0,71	1,13	0,53
	Bilbao	1,44	0,58	1,41	0,66
	Valencia	1,13	0,53	1, —	0,47

Aus der vorstehenden Tabelle geht hervor, daß die höchsten Löhne in den Vereinigten Staaten und in Kanada gezahlt werden, wo aber in den einzelnen Städten die Löhne sehr stark von einander differieren. Die höchsten Löhne in der Möbelindustrie werden in Boston und die niedrigsten in der nordamerikanischen Stadt Baltimore und in der kanadischen Stadt Ottawa gezahlt.

Wichtiger als die Berechnung der Nominallohne ist aber die Feststellung der tatsächlichen Kaufkraft der Löhne. Diese Errechnung der Reallohne ist jedoch mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden.

Das I.A. benutzte zur Errechnung der Kaufkraft des Lohnes einen sogenannten „Internationalen Einkaufskorb“, das heißt den Wochenverbrauch eines erwachsenen Mannes an einigen bestimmten Lebensmitteln.



„Im Westen nichts Neues“, der Film ist verboten, Der johlende Pöbel errang einen Sieg. Ihn trifft aus dem Grabe der Fluch der Toten, Die mit uns rufen: „Nie wieder Krieg!“

wachsenen Mannes an einigen bestimmten Lebensmitteln. In diesem „Internationalen Einkaufskorb“ sind enthalten:

Weißbrot	2,00 kg	Speck	0,15 kg
Roggenbrot	1,75 kg	Kartoffeln	2,02 kg
Mehl	0,80 kg	Zucker	0,45 kg
Kasemehl	0,11 kg	Kaffee	0,07 kg
Butter	0,17 kg	Tea	0,04 kg
Margarine	0,10 kg	Katano	0,01 kg
Schweinefett	0,08 kg	Milch	2,40 Liter
Rindfleisch	0,45 kg	Eier	3,60 Stück
Lammfleisch	0,10 kg	Salz	0,10 kg
Schweinefleisch	0,20 kg	Salatöl	0,10 Liter
Kalbsteif	0,10 kg		

Zu diesen Lebensmitteln kommen für Licht, Feuerung und Seife: Feuerung 14,00 kg, elektrischer Strom 0,80 kWh, Gas 2,40 cbm, Petroleum 0,23 Liter, Seife 0,14 kg.

Leider war es dem I.A. bisher nicht möglich, auch die Ausgaben für Kleidung und Wohnung zu berücksichtigen, da es sehr schwierig ist, in den einzelnen Ländern vergleichbare Zahlen für Wohnung und Kleidung zu erhalten.

Vom deutschen Standpunkt aus wird die oben angegebene Wochenmenge für einen erwachsenen Mann zu gering angesehen werden müssen. Da wir aber nur Verhältniszahlen errechnen wollen, so spielt die absolute Menge der einzelnen Waren keine Rolle.

Das I.A. hat nun errechnet, wieviel der oben angegebene Einkaufskorb in den einzelnen Ländern in Dollar kostet. In der folgenden Tabelle sind die Dollarpreise in Mark umgerechnet.

Kosten und Maßziffern des „Internationalen Einkaufskorbes“ für Juli 1913. (Großbritannien = 100.)

Land	Kosten in Mark		Maßziffern	
	Nahrung	Nahrung, Feuerung, Licht, Seife	Nahrung	Nahrung, Feuerung, Licht, Seife
Vereinigte Staaten	11,72	13,31	143	143
Kanada	10,37	12,50	129	190
Schweden	9,37	10,79	116	116
Deutschland	9,11	10,63	113	114
Irischer Freistaat	9,03	10,58	112	114
Italien	8,82	11,80	109	127
Österreich	8,74	10,37	108	111
Dänemark	8,65	10,12	107	109
Niederlande	8,27	9,74	103	105
Großbritannien	8,06	9,32	100	100
Spanien	7,69	9,53	95	102
Jugoslawien	6,64	8,23	82	88
Polen	5,84	7,27	72	78

Auch vorstehende Tabelle ist außerordentlich aufschlußreich, gibt sie doch eine Feuerungskala der einzelnen Länder. Am teuersten sind die Lebensmittel in den Vereinigten Staaten und in Kanada. Interessant ist festzustellen, daß Deutschland und die teuersten Ländern Europas gehört. Nur von Schweden wird es noch übertraffen. Während Deutschland in unserer ersten Tabelle sich in der Reihenfolge der Nominallohne in der unteren Hälfte bewegt, gehört es in der vorstehenden Feuerungstabelle zu der Spitzengruppe. Das sind die Früchte der agrarischen Schutzpolitik! Das billigste Land ist Polen. Ihm folgen Jugoslawien und Spanien.

Einen Überblick über die Kaufkraft der Löhne gibt die folgende Tabelle.

Arbeitsstunden, die ein Möbeltischler braucht, um den „Internationalen Einkaufskorb“ einzukaufen.

Land und Stadt	Arbeitsstundenanzahl
Kanada (Vancouver)	3,38
Vereinigte Staaten (Boston)	3,93
Großbritannien (London)	4,50
Irischer Freistaat (Dublin)	4,83
Dänemark (Kopenhagen)	5,65
Schweden (Stockholm)	5,68
Niederlande (Haag)	6,13
Deutschland (Berlin)	7,32
Spanien (Madrid)	8,01
Italien (Triest)	9,19
Österreich (Wien)	10,53

Sich dieser Tabelle wird für einen Möbeltischler der höchste Reallohn in Kanada, und zwar in Vancouver, gezahlt. Er braucht dort etwa nur 3 1/2 Stunden zu arbeiten, um dieselbe Nahrungsmenge zu kaufen wie sein österreichischer Kollege in Wien, der 10 1/2 Stunden arbeiten muß, um daselbe einzukaufen zu können. Der höchste Reallohn in Europa wird nach dieser Errechnung in Großbritannien gezahlt. Gleich dahinter folgt Irland. Deutschland erscheint in der Reallohnstatistik ziemlich weit unten. Schlechtere Reallohne werden nur noch in Spanien, Italien und Österreich gezahlt. Der österreichische Reallohn erscheint in dieser Statistik außerordentlich niedrig, gemessen an den Lebensmittelpreisen. Wenn auch die übrigen Lebenshaltungskosten, insbesondere die Mieten, berücksichtigt würden, so würde Österreich in einem besseren Licht erscheinen, da ja die gesetzlichen Mieten in Österreich außerordentlich niedrig sind.

Aus den einwandfreien Zahlen des I.A. ist also das Folgende festzustellen, was uns in der gegenwärtigen Zeit gerade besonders interessiert:

Sowohl die Nominal- als auch besonders die Reallohne in Deutschland gehören zu den niedrigsten der Welt. Sie sind wesentlich niedriger als in den Hauptindustriestaaten. Um diesen Wettbewerb zu bestehen, ist also eine weitere Senkung der Löhne in Deutschland nicht notwendig. Dagegen erscheint eine Senkung der Preise sehr angebracht, um das niedrige Reallohniveau zu heben.

Hitler und die Gewerkschaften.

Das Ziel der Nationalsozialisten ist die Schaffung eines völkischen Staates, das heißt eines Staates, der nur von Deutschen deutschen Blutes bewohnt ist. mit einem beständigen Bevölkerungüberschuß, für den nach Niederwerfung Frankreichs im Osten immer wieder neues Land erkämpft werden soll. Dieser Prozeß soll so lange fortgesetzt werden, bis die Deutschen Herren der Erde sind.

Für diese wahnwitzige Idee macht Adolf Hitler in seinem Buch „Mein Kampf“ Propaganda. Als eins der größten Hindernisse zur Verwirklichung seiner Pläne erkennt er die freien Gewerkschaften. Sie zu zertrümmern, ist ihm eine Aufgabe, für deren Lösung er auch heute noch keinen Weg findet. Resigniert bekennt er, daß er in seiner ganzen Bewegung keinen Kopf habe, der einer solchen Aufgabe gewachsen wäre.

So fatal es auch für Hitler ist, ändern kann er die Tatsache nicht, daß die Arbeiterschaft aus voller Überzeugung den Gewerkschaften angehört und immer mehr erkennt, daß es beim Abbau der Löhne und der sozialen Einrichtungen kein Halten gibt, wenn es den arbeitserfeindlichen Mächten gelingt, die Gewerkschaften zu zer schlagen. Ebenso ist sich die Arbeiterschaft bewußt, daß es bei Wiederbelebung der Konjunktur nur den Gewerkschaften gelingen kann, den Lohnabbau der Krisenzeit rückgängig zu machen und darüber hinaus ein höheres Kultur- und Lebensniveau zu erkämpfen.

Das weiß auch der Nazihauptling sehr wohl, und dies erklärt uns seine vorsichtige Haltung gegenüber den Gewerkschaften. Die Nationalsozialisten würden in ihrer Arbeitserfeindlichkeit völlig entlarvt, wenn sie in derselben plumpen und verlogenen Weise, die sie sich gegenüber der Sozialdemokratischen Partei leisten, gegen die Gewerkschaften vorgingen. Hitler ist gezwungen, nach außen ein arbeitserfreundliches Gesicht zu wahren, will er seine Hoffnung nicht zu Grabe tragen, mit Hilfe der Arbeitermassen seine dunklen Pläne durchzusetzen.

Auf der anderen Seite aber stehen die Unternehmer und warten darauf, daß ihre in dem Hitler-Unternehmen investierten Kapitalien Früchte tragen, daß die Kämpfer für das „Dritte Reich“ vor dem gefährlichsten Gegner der Unternehmer, den Gewerkschaften, nicht haltmachen.

So ist es zu verstehen, daß der „große Adolf“, um aus dem Dilemma herauszukommen, bei den Kommunisten Anleihen macht und mit seinen Freunden deren Parolen: Rein in die Gewerkschaften! — raus aus den Gewerkschaften! — Gründung eigener Gewerkschaften! — Zellenbildung in den Gewerkschaften! — auf ihre Durchführbarkeit hin schon oft erwogen hat und noch immer erwägt.

Wohlgemerkt verspricht ihm Erfolg. So bleibt Hitler, der nicht oft genug von Charakterfestigkeit und Geradlinigkeit sprechen kann, nichts anderes übrig, als sich zum Schmod zu erniedrigen — rechts zu schreiben und links zu schreiben — die Gewerkschaften anzuerkennen und sie zu bekämpfen — den möglichen Mißbrauch der Machtstellung der Arbeiter hervorzuheben — und Unternehmer als egoistische Lumpen zu bezeichnen — von Gewissenkonflikten unorganisierten Arbeiter zu sprechen, die den von den Gewerkschaften erkämpften Lohn einstecken — seinen Anhängern aber zu empfehlen, in den Gewerkschaften destruktiv zu wirken, d. h. sie zu zerlegen.

Aber diese Tätigkeit seiner Nachläufer in den Arbeiterorganisationen schreibt Hitler folgendes: „Es gab also nur zwei andere Möglichkeiten: entweder den eigenen Parteigenossen zu empfehlen, aus den Gewerkschaften herauszugehen, oder in den bisherigen zu bleiben, um dort möglichst destruktiv zu wirken. Ich habe im allgemeinen diesen letzteren Weg empfohlen. Besonders in den Jahren 1922 und 1923 konnte man dies ohne weiteres tun, denn der finanzielle Nutzen, den während der Inflationszeit die Gewerkschaften von den in Folge der Jugend unserer Bewegung doch noch nicht zahlreichen Mitgliedern aus ihren Reihen einstrichen, war gleich Null. Der Schaden für sie aber war ein sehr großer, denn die nationalsozialistischen Anhänger waren ihre schärfsten Kritiker und dadurch ihre inneren Zerleger.“

Sicher hat die Ministerarbeit der Hitler-Leute, die in erster Linie in der Berührungspunkt der Gewerkschaftsführer bestand, den Gewerkschaften und damit den Arbeitern beträchtlichen Schaden zugefügt. Ob sie aber Hitlers weitgehenden Erwartungen entsprach, darf mehr als bezweifelt werden.

Zu sehr ist die Arbeiterschaft mit ihren Gewerkschaften ver wachsen, als daß sie sich ihr stärkstes Bollwerk gegen ihre Feinde von dunklen Elementen zer schlagen ließe. So konnte es nicht ausbleiben, daß sich die Nationalsozialisten im Vorjahre auf ihrem Parteitage zu Nürnberg auf einer Sondertagung wieder mit der Gewerkschaftsfrage beschäftigten, ihr aber diesmal eine ganz neue Note gaben. Die Gelben wurden abgelehnt und Streikbrecher als Verräter bezeichnet.

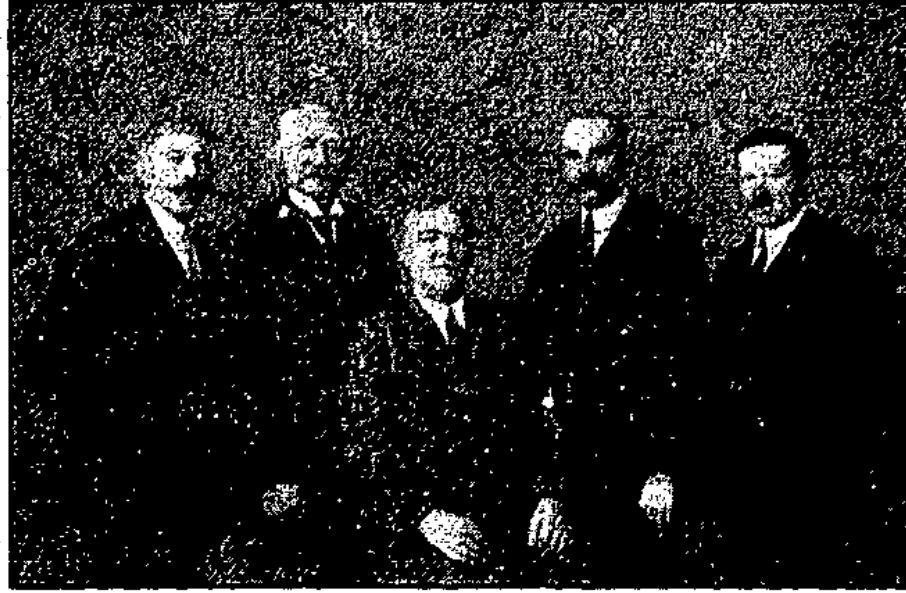
In einer von Hitler genehmigten Entschließung wird gesagt, daß man nunmehr zur Betriebszellenbildung übergehen werde, als Ausgangspunkt für zu schaffende nationalsozialistische Berufsgenossenschaften.

Der Theaterdonner der Sondertagung, wie er in der scheinbaren Neuorientierung in bezug auf die genannten Punkte zum Ausdruck kam, machte nach keiner Seite hin Eindruck. Keinem Unternehmer kam die Befürchtung, daß er sein bei der Nazibewegung angelegtes Kapital als Fehlanlage abbuchen müßte. Liegt doch nach wie vor bei Hitler die letzte Entscheidung auch in Fragen der gewerkschaftlichen Taktik.

Aber den Charakter der zu gründenden nationalsozialistischen Berufsgenossenschaften erfahren wir Ersteres durch einen Herrn A. Wittig, der früher der Hitler-Partei angehörte und heute die Gruppe Otto Straßer vertritt. In dessen Organ „Der Nationalsozialistische Beobachter“ in Sachsen berichtet er in einem Artikel „Hinter den Kulissen“ über das

Freundschaftsverhältnis zwischen Hitler und dem deutschen nationalen Oberfinanzrat Bang, das schon in das Jahr 1927 zurückreicht. Bang, der Intimus Eugenbergers, hat Hitler davon überzeugt, daß der im nationalsozialistischen Programm enthaltene Wirtschaftsteil von Gottfried Feder „unhaltbarer Unsinn“ sei und durch die von Bang zu erstrebenden Wertgemeinschaften zu ersetzen wäre.

Den Alten zur Ehr'



Jacob Heim Hans Wöh Georg Reger
Martin Königsberger Heinrich Bloch

Jubilare der Verwaltungsstelle Dachau. Alle fünf Kollegen stehen seit über 25 Jahren an der Spitze der örtlichen Bewegung. Kollege Wöh diese lange Zeit hindurch als Bevollmächtigter.

Den Jungen zur Lehr'

Damit ist Hitler in dem Lager jener Scharfmacher gelandet, die in den Wertgemeinschaften das geeignete Mittel sehen, um den Arbeitern in ihrem Kampfe das Rückgrat zu brechen. Der ganze Spul jener Sondertagung ist verflochten, und mit „Heil“, „Deutschland erwache“ und dort, wo sie sich stark genug fühlen, werden die Nazis durch organisierten Streikbruch zu zeigen haben, daß sie ihres großen Meisters würdig sind.

Eine ganz besondere Rolle ist im „Dritten Reich“ den Gewerkschaften, welche die national gesinnten Arbeiter umfassen — international fühlende werden nicht ausgenommen — zugeordnet. Ihren Vertretern soll das Recht zuerkannt werden, in einem berufsständischen Parlament gemeinsam mit den Abgeordneten der verschiedenen anderen Berufsstände öffentliche Fragen zu beraten — nicht etwa darüber zu beschließen. Damit soll erreicht werden, daß, wenn die Arbeiterschaft auch zahlenmäßig die Mehrheit des Volkes darstellt, sie doch für immer in der Minderheit bleibt. Gottfried Feder, dem von Hitler die letzte Entscheidung über alle Fragen des nationalsozialistischen Parteiprogramms übertragen worden ist, drückt das so aus: „Man darf und soll sich nicht einbilden und einreden, daß irgendein Stand, nur deshalb, weil er unterdrückt war, daraus nun das Recht ableiten könnte, nun auch einmal zur Herrschaft zu kommen.“

Wer wundert sich nun noch über die geldspendenden Unternehmer? Sie haben erkannt, daß das „Dritte Reich“ die Verewigung des Kapitalismus bringt. Die ihnen drohende Gefahr, daß eine politisch gleichberechtigte Arbeiterschaft auch die wirtschaftliche Gleichberechtigung erringe, wird durch die Aufrichtung der Herrschaft Hitlers beseitigt.

So richtig auch die Unternehmer kalkulieren mögen — ihre Hoffnung wird sich nicht erfüllen. Die organisierte Arbeiterschaft hat Hitler und seine Pläne erkannt und wird zu verhindern wissen, daß seine Diktaturgelüste den deutschen Arbeitern daselbe Los bereiten, das den italienischen Arbeitern unter Mussolini zum Verhängnis geworden ist.

Dr. Konrad Gumbel.

Änderungen in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung.

Die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember enthält einige Verbesserungen der Notverordnung vom 26. Juli. Diese Verbesserungen sind in Erfolg der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, wie im Leitartikel der Nr. 50 der „Holzarbeiter-Zeitung“ nachgewiesen worden ist.

Am heftigsten waren die Anträge zur Arbeitslosenversicherung umstritten. Infolge des Widerstandes der bürgerlichen Parteien ist es freilich nur gelungen, kleine Verbesserungen der alten Notverordnung zu erreichen. Der § 105a des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, der die Kürzung der Unterstützungssätze bei nicht erfüllter 52wöchiger Anwartschaftszeit vorsieht, konnte leider noch nicht beseitigt werden. Nur eine Milderung wurde erreicht, die aber von untergeordneter Bedeutung ist. Die Verbesserung besteht darin, daß die Rahmenfrist, in der die 52 Wochen versicherungspflichtiger Beschäftigung gelegen sein müssen, von 18 auf 24 Monate ausgedehnt worden ist. Da aber die Bestimmung stehen geblieben ist, daß die 52 Wochen nicht durch Bezug von Arbeitslosenunterstützung unterbrochen sein dürfen, ist diese Fristverlängerung von geringer Tragweite.

Mehr ins Gewicht fällt die Ergänzung des § 105 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes dahingehend, daß bei der Berechnung der Unterstützung kein geringerer Beitrag als der zugrunde gelegt werden darf, den der Unternehmer

in Abzug gebracht hat. Damit werden Rechtsnachteile für den Arbeiter für den Fall ausgeschlossen, daß der Unternehmer die abgezogenen Beiträge nicht oder nicht in der richtigen Höhe an die Krankenkasse abgeführt hat.

Die Notverordnung vom 26. Juli schloß die Jugendlichen unter 17 Jahren vom Unterstützungsanspruch aus. Jetzt haben nur noch die Jugendlichen unter 16 Jahren keinen Anspruch auf Unterstützung. Das ist eine wesentliche Verbesserung, aber doch nichts weiter als eine Selbstverständlichkeit. Wer Beiträge zu zahlen hat, muß, ungeachtet seines Alters, unter den sonst üblichen Voraussetzungen auch Anspruch auf Unterstützung haben.

Die Vorschriften der alten Notverordnung über Kürzung der Unterstützungssätze (§ 105a) und über die Unterstützung bei berufsunfähiger Arbeitslosigkeit sollten ursprünglich bis zum 31. März 1931 in Kraft bleiben, jetzt ist bestimmt worden, daß sie über diesen Tag hinaus Geltung haben. Auch der Beitrag von 6½ Prozent des Grundlohnes bleibt bis auf weiteres in Kraft. Seine Herabsetzung kann erfolgen, wenn die Finanzlage der Reichsanstalt das gestattet.

In der Krankenversicherung ist die Aufhebung der Krankenscheingebühr und der Beteiligung an den Arzneikosten nicht allgemein gelungen. Immerhin ist hier ein erfreulicher Erfolg zu verzeichnen. Von der Krankenscheingebühr und vom dem Kostenanteil an den Arznei- und Heilmitteln (nicht auch an den Stärkungsmitteln) sind jetzt befreit: Empfänger von Arbeitslosenunterstützung und Krisenunterstützung oder Wohlfahrtsunterstützung, Bezahler von Invalidenrente oder Angestelltenruhegeld sowie schwerverletzte und schwerbeschädigte Bezahler von Unfall- oder Reichsversicherungsrente sowie bedürftige Tuberkulöse und Geschlechtskranke. Ihnen gleichgestellt sind im Rahmen des Reichsversorgungsgesetzes Beschädigte, die neben ihrer Rente noch eine Zusatzrente beziehen.

Die Arznei- und Heilmittelgebühren sind auch dann nicht zu zahlen, wenn die mit der Krankheit verbundene Arbeitsunfähigkeit länger als 10 Tage dauert; nach Ablauf dieser Frist erhalten die Kranken die Arznei- und Heilmittel also völlig kostenlos.

Der Krankenschein kann in dringenden Fällen nachher geholt werden, insbesondere bei Unfällen oder wenn wegen der mit der Abhebung des Scheines verbundenen Umstände der Arzt nicht mehr rechtzeitig helfen könnte.

Das Hausgeld kann jetzt nicht mehr nur durch Zuschläge für Angehörige, sondern allgemein auf zwei Drittel des Krankengeldes erhöht werden. Auch hinsichtlich der Familienhilfe können die Krankenkassen einige Verbesserungen durchführen.

Die Bestimmungen, die eine Besserstellung der Arbeitslosen vorsehen, sind am 8. Dezember, die übrigen bereits am 3. Dezember in Kraft getreten.

Wir haben bereits gesagt, daß das Erreichte uns nicht befriedigt. Gewiß sind einige Verbesserungen durchgeführt worden, die Verordnung vom 26. Juli enthält aber noch viele unerträgliche Bestimmungen. An ihrer Beseitigung zu arbeiten, ist die Aufgabe der nächsten Wochen und Monate.

Voraussetzungen für die Kurzarbeiterunterstützung.

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat unter dem 12. November 1930 an die Arbeitsämter und Landesarbeitsämter ein Rundschreiben gesandt, dessen Inhalt für die Arbeiterschaft von großer Bedeutung ist. Es hat folgenden Wortlaut:

Die Arbeitszeitverordnung läßt in der Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit von 48 Stunden in der Woche oder 96 Stunden in der Doppelwoche auf die einzelnen Wochentage eine gewisse Freiheit. Infolgedessen ist es in vielen Betrieben üblich geworden, den Sonnabendnachmittag arbeitsfrei zu lassen und die ausfallenden Arbeitsstunden auf die anderen Wochentage zu verteilen. Diese Regelung ist auch vielfach in den Tarifverträgen oder in der Arbeitsordnung ausdrücklich festgelegt. Wenn ein solcher Betrieb dann zur Kurzarbeit übergeht, so kann der Arbeitsausfall am Sonnabend, obwohl an diesem Tage die Arbeitszeit ohnehin gekürzt ist, unbedenklich als Ausfall eines vollen Arbeitstages im Sinne der Verordnung über Kurzarbeiterunterstützung gewertet werden. Der damit verbundene Lohnausfall würde zwar nicht ein Sechstel, sondern fünf Achtundvierzigstel des gesamten Wochenlohnes betragen; es würde also trotz Ausfalles von drei vollen Arbeitstagen (einschließlich des Sonnabends) das Arbeitsentgelt des Arbeitnehmers immer noch mehr als die Hälfte des bisher verdienten Wochenentgelts betragen. Gleichwohl muß in solchen Fällen auch die weitere Voraussetzung für die Gewährung der Kurzarbeiterunterstützung, daß der Ausfall voller Arbeitstage eine entsprechende Kürzung des Arbeitsentgelts im Gefolge haben muß, als erfüllt angesehen werden. Denn diese Voraussetzung bedeutet lediglich, daß der Verdienst, der bisher an den Ausfalltagen erzielt worden ist, infolge des Arbeitsmangels und der Arbeitskürzung fortgefallen sein muß und nicht etwa gleichzeitig durch irgendwelche Umstände an den verbleibenden Arbeitstagen ganz oder teilweise wieder aufgeholt wird.

Diese Auffassung wird meines Erachtens auch durch die Entscheidung des Spruchsenats Nr. 3789 vom 28. März 1930 (Reichsgesetzblatt Seite IV 301) gestützt. Denn gerade nach dieser Entscheidung ist zunächst, ehe die Frage nach einem durch Mehrleistung in Akkordarbeit erzielten Verdienste aufgeworfen werden kann, in allen Fällen zu prüfen, wieviel der Arbeitnehmer vor Einführung der Kurzarbeit im Durchschnitt bei Vollarbeit verdient hat, wieviel er während der Kurzarbeit verdient und inwieweit die etwaige Verringerung des Arbeitsentgelts durch die Kurzarbeit verursacht ist.



Aus dem Verbandsleben



Organisiert sein!

Organisiert sein —
der freien Gewerkschaft angehören
und kämpfen —
schicksalverbunden zusammenhalten.

Nicht klagen, sich nicht betören
lassen vom blassen Schein
eines falschen Strebens.
Was gilt das kleine Ich im Taumel der Zeit? —

Erst das Wir ist Waffe und Schild.
Wir, die die Dinge des Lebens gestalten. —
Tag um Tag
aus vielen Millionen Händen
rinnt unsere Kraft zu neuem Werk.

Strahlender Bau — so wollen wir dich vollenden,
Stein auf Stein
und schliessenden Zimmermannschlag.
Eine neue Welt, ein Bund schaffender Brüder zu sein
Und alles dunkle Schicksal lichtfroh zu wenden.

Otto Ziese.

Mitteilungen des Vorstandes.

Warnung vor der Mitgliedschaft bei der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“.

Nachdem die bisherigen Bemühungen der Kommunistischen Partei, die Gewerkschaften von innen heraus zu erobern, ohne Erfolg geblieben sind, hat der im Sommer dieses Jahres stattgefundene Kongress der sogenannten Roten Gewerkschaftsinternationale (Moskauer Richtung) den angeschlossenen Sektionen eine stärkere Aktivität empfohlen. Das Ergebnis dieser Aktivität ist die Gründung der R.G.O. (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition), einer Organisation, in der neben den Erwerbslosen und den wegen gewerkschaftsfeindlicher Bestrebungen aus den Verbänden bereits ausgeschlossenen Mitgliedern die den Gewerkschaften angehörenden Mitglieder der Kommunistischen Partei zusammengefasst werden sollen. Bei dieser Gründung handelt es sich um die Fortsetzung jener zersetzenden Wühlarbeit der Kommunistischen Partei, zu der bereits die Verbandstage unserer Organisation in Hamburg, Kassel und Frankfurt am Main Stellung genommen haben.

In der gegenwärtigen Zeit der gewaltigen Krise, der ungeheuren Arbeitslosigkeit und der Schwierigkeit, unter solchen Umständen den Angriff der Unternehmer auf die Löhne zurückzuweisen, muß der erneute Versuch, die gewerkschaftliche Einheit und Disziplin zu erschüttern, als ein besonders frivoles Verbrechen an der Arbeiterklasse gekennzeichnet werden. Der Vorstandsvorsitzende vertraut darauf, daß dieses verwerfliche Treiben an der gewerkschaftlichen Einheit und Disziplin unserer Verbandsmitglieder scheitern wird. Es erscheint ihm aber nicht überflüssig, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß die Betätigung für die R.G.O. zu denjenigen Handlungen gehört, die nach den erwähnten Verbandstagsbeschlüssen mit der Zugehörigkeit zum Verband nicht mehr vereinbar ist.

Neuer Lehrgang an der Wirtschaftsschule in Düsseldorf.

Im Mai 1931 beginnt an der Wirtschaftsschule in Düsseldorf ein neuer Lehrgang. Verbandsmitglieder, die sich die Fähigkeiten und die Ausdauer zutrauen, mit Erfolg an dem zehnmonatigen Tageskursus teilzunehmen, können sich unter Beifügung 1. eines hand-schriftlichen Lebenslaufes, 2. eines Gutachten der Ortsverwaltung und 3. einer Probearbeit beim Vorstandsvorsitzenden bewerben. Berücksichtigt werden können nur solche Bewerbungen, die spätestens am 12. Januar 1931 in unseren Händen sind.

Voraussetzung für die Teilnahme ist in der Regel die erfolgreiche Teilnahme an dem von der Schulleitung angebotenen Fernunterricht. Der Lebenslauf soll neben den Angaben über die persönlichen Verhältnisse des Bewerbers und über den Bildungsgang auch Mitteilungen enthalten über die Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, besonders in unserem Verband, da nur solche Bewerber berücksichtigt werden können, die sich an der praktischen

Verbandsarbeit beteiligen und über Erfahrungen in der Gewerkschaftsbewegung verfügen. Die Auswahl der Schüler erfolgt nach den Vorschlägen des Vorstandsvorsitzenden durch den Bildungsausschuss des A.O.G.B. gemeinsam mit der Schulleitung. Für die Probearbeit geben wir nachstehend zwei verschiedene Themen:

1. „Der Nutzen der Sozialversicherung für die Lebensgestaltung des Arbeiters.“
2. „Die Organisation meines Betriebes.“ (Technische Beschreibung der besonderen Berufstätigkeit; Produktionsorganisation; Arbeitsorganisation; Absatzorganisation; Verflechtungen mit anderen Betriebsunternehmen; Funktion von Gewerkschaft und Betriebsrat innerhalb des Betriebes; die im Betrieb angewandten Lohnformen; Wohlfahrtseinrichtungen und sonstige Maßnahmen.)

Die Auswahl unter diesen Themen steht den Bewerbern frei.
Der Vorstandsvorsitzende.

Gedenket der Arbeitslosen!

Die große und lang anhaltende Arbeitslosigkeit erfordert, daß die Ortsverwaltungen besondere Maßnahmen treffen, um zu verhüten, daß die arbeitslosen Kollegen der Organisation entfremdet werden. In der ersten Zeit der Arbeitslosigkeit ist der Kontakt mit dem Verband noch einigermaßen vorhanden. Wenn die Kollegen aber erst in die Krisen- oder gar in die Wohlfahrtsunterstützung kommen, dann sinkt bei ihnen die Hoffnung, im alten Beruf wieder in Arbeit zu kommen. Der Arbeitslose bemüht sich um jede irgend erreichbare Arbeitsgelegenheit, und das Verhältnis zum Verband und zu den früheren Kollegen erkaltet. Diesen mangelt es gewiß nicht an Mitgefühl mit dem arbeitslosen Kollegen, aber sie können ihm nicht helfen, und sie meiden schließlich ein Zusammentreffen, das ihnen peinlich ist. Der Arbeitslose empfindet diese Zurückhaltung schmerzhaft; er fühlt, daß man seiner vergißt, und das steigert seine Verbitterung. Dabei liegen die Dinge so, daß keiner, der noch in Arbeit steht, sicher ist, ob er nicht morgen auch in das Heer der Arbeitslosen eingereiht wird.

Solange der Kontakt des Arbeitslosen mit dem Verband noch lebendig ist, bringt er auch den Dingen, die gewöhnlich in den Mitgliederversammlungen verhandelt werden, Interesse entgegen. Allmählich wendet sich aber seine Aufmerksamkeit anderen Dingen zu, die ihn näher berühren. Öffentliche Notstandsarbeiten, Änderungen in den Unterstützungs- und Fürsorgeeinrichtungen, kulturelle Veranstaltungen, die für die Arbeitslosen getroffen werden, und ähnliches mehr. In den allgemeinen Mitgliederversammlungen werden diese Gegenstände keine besondere Aufmerksamkeit, für die Arbeitslosen haben aber diese und ähnliche Fragen die größte Bedeutung. Und hier ist der Punkt, bei dem der Zusammenhang der Arbeitslosen mit der Organisation gefestigt werden kann.

In den großen Verwaltungsstellen wird es möglich sein, die arbeitslosen Mitglieder des Verbandes in nicht zu langen Zwischenräumen zu besonderen Versammlungen zu laden. In kleineren Orten wird die Arbeit zweckmäßigerweise von den Ortsausschüssen des A.O.G.B. geleistet. Die Hauptsache ist, daß die Verbindung zwischen der Gewerkschaft und den arbeitslosen Mitgliedern fortgesetzt lebendig bleibt. Es ist bekannt, daß Bestrebungen bei verschiedenen Stellen vorhanden sind, sich der Arbeitslosen als Vorposten für allerlei dunkle Ziele zu bedienen. Dem muß entgegengewirkt werden.

R. D. Bonn.

Bürstenindustrie in Herford.

Aber die Differenzen in der Bürstenindustrie in Herford haben wir in Nr. 48 der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet. Siernach hat der Schlichtungsausschuss einen Schiedspruch gefällt, nach dem der Spitzenlohn ab 1. November und ab 1. Januar um je 2 Pf. herabgesetzt wird. Der Antrag der Unternehmer auf Verbindlicherklärung dieses Schiedspruchs, der von unseren Kollegen abgelehnt war, führte zu einem Einigungsvorschlag des Schlichters, nach welchem der Abzug um je einen Monat später in Kraft tritt. Da unsere Kollegen auch diesen Vorschlag ablehnten, kündigten die Unternehmer das Arbeitsverhältnis zum Zwecke der Aussperrung. Dieser Kampf ist vermieden worden. Die Parteien einigten sich, einem Unparteiischen die Fällung eines bindenden Schiedspruchs zu übertragen. Dieser Spruch besagt, daß der Spitzenlohn von 86 Pf. ab 1. Dezember auf 84, ab 1. Februar auf 83 und ab 1. März auf 82 Pf. herabgesetzt wird. Die auf Grund des Spruches getroffene Vereinbarung kann erstmalig zum 1. August 1931 gekündigt werden. Zugleich wurde der gleichfalls gekündigte Mantelvertrag bis zum 15. Februar 1932 verlängert.

Mit Lesernamen dieses Nummern ist
am 52. Monatsbeitrag fällig

Der Verband

und die fachtechnische Fortbildung.

„Die so überaus gründliche Ausbildung unserer Handwerkslehrlinge ist den Gewerkschaften, die bekanntlich den Lehrling zum Arbeiter stampeln möchten, immer ein Dorn im Auge gewesen.“ Dieser Satz stand kürzlich in der „Fachzeitung“, dem Organ der Berliner Tischlermeister. Hoffentlich hat sich der Verfasser bei diesem „überaus gründlichen“ Satz wenigstens selbst etwas gedacht; denn das wird auch einem durchschnittlich begabten Tischlermeister nicht einleuchten, warum die Gewerkschaften etwas dagegen haben sollten, wenn tüchtige Facharbeiter herangebildet werden. Wir wünschen uns sogar recht viele sehr tüchtige Facharbeiter als Mitglieder im Verbande. Die Unternehmer sprechen zwar gern nur von sich als von der „Wirtschaft“, während wir der Auffassung sind, daß die Arbeiter auch, und sogar entscheidend, mit dazu gehören. Auch wir haben ein starkes Interesse, daß es dem Ganzen möglichst gut geht. Dazu gehört auch ein hoher Stand technischen Könnens der Arbeiterschaft.

Aber auch wenn man ihnen die Wahrung solcher mehr allgemeiner Interessen nicht zutrauen sollte, gibt es noch einen weiteren triftigen Grund für die Gewerkschaften, mit allem Nachdruck für eine gründliche Ausbildung der Lehrlinge und überhaupt für eine gute Fachbildung einzutreten. Einem Arbeiter, der in seinem Fach Tüchtiges leistet, fällt es natürlich viel leichter, sich dem Unternehmer gegenüber durchzusetzen. Jeder kommt dazu in die Lage, sei es für sich persönlich, sei es als Funktionär oder Betriebsrat für seine Kollegen. Besonders für unsere Funktionäre in den Betrieben wünschen wir uns die tüchtigsten Arbeiter. Hier sind die Stellen, wo die Front der Arbeiter unmittelbar mit dem Gegner in persönliche Berührung kommt, und so mancher kleinere oder größere Erfolg ist der Autorität unserer Kollegen in den Betrieben zuzuschreiben, ihrer Autorität, die sie nicht zuletzt ihren für den Unternehmer sehr nützlichen und darum schwer zu entbehrenden Leistungen verdanken.

Also es ist auch ein ganz unmittelbares Interesse, das die Gewerkschaften, besonders solche, die, wie unser Verband, viele Facharbeiter umfassen, an der fachlichen Tüchtigkeit ihrer Mitglieder haben. Unser Verband ist bekanntlich schon seit Jahrzehnten bemüht, die fachliche Weiterbildung seiner Mitglieder zu fördern. Er macht das auf mannigfache Weise. In den letzten Jahren, seit die Organisation der Jugendlichen und Lehrlinge einen so erfreulichen Aufschwung genommen hat, sucht er in zunehmendem Maße den Lehrlingen Fachwissen zu bieten durch Veranstaltung von Kursen, durch fachtechnische Aufsätze im Jugendblatt und dergleichen. Weiter spielen die vom eigenen Verlag des Verbandes herausgegebenen Fachbücher und Sonderhefte für die verschiedensten Berufe eine beachtliche Rolle. Die älteste und wirksamste vom Verband geschaffene Einrichtung dieser Art ist das „Fachblatt für Holzarbeiter“, das, soeben seinen 25. Jahrgang abschließt. Die Herausgabe einer fachtechnischen Zeitschrift war seinerzeit für den Verband gewiß ein Wagnis, doch der Erfolg hat diesem mutigen Entschluß recht gegeben.

Leider muß er gesagt werden, daß in letzter Zeit unser Fachblatt in den Kreisen der Mitglieder nicht mehr die Beachtung zu finden scheint, die es verdient und die vor allem auch im Interesse unserer Kollegen selbst erwünscht wäre. Gewiß ist es in der jetzigen Zeit großer Arbeitslosigkeit zu verstehen, wenn die Bezieherzahl zurückgeht. Mancher alte Fachblattleser wird sich nur schweren Herzens entschlossen haben, die gewohnte Lektüre aufzugeben; aber trotzdem könnte die Zahl der Fachblattabonnenten weit größer sein, als sie in den letzten Jahren gewesen ist. Auch der Einwand dürfte nicht stichhaltig sein, daß infolge der technischen Entwicklung das handwerkliche Schaffen schon so weit zurückgedrängt ist, daß die fachliche Leistung nicht mehr den vielfestig gebildeten Facharbeiter erfordert. Das Fachblatt berücksichtigt nach Möglichkeit alle im Verband vertretenen Branchen, wendet sich aber naturgemäß in erster Linie an den Tischler. Bei aller Entwicklung zur Massenherstellung, zum Serienbau und damit zur Teilarbeit (die übrigens in den einzelnen Betrieben sehr verschieden weit fortgeschritten ist), ist auch heute der Kreis unserer Kollegen, die ein gründliches fachliches Wissen und Können gebrauchen, noch recht groß. Aber auch wenn die Rationalisierung schon so weit gediehen wäre, daß nur die wenigsten noch den ganzen Wissensschatz des allseitig geputzten und erfahrenen Facharbeiters praktisch verwenden könnten, auch dann ist noch Platz für eine Fachzeitschrift für das Holzgewerbe. Billeicher ist das mangelnde Interesse für unser Fachblatt mit darauf zurückzuführen, daß es sich nicht genügend mit den Problemen und der Technik der neuesten Arbeitsmethoden befaßt. Da abzuwehren, wäre eine lohnende und dankenswerte Aufgabe unserer Kollegen, die in der Praxis stehen. Die beste Befruchtung erfährt besonders eine fachtechnische Zeitschrift aus dem Leserkreis selbst. Darum sollten unsere Kollegen die Sache unseres Fachblattes zu ihrer eigenen machen. Sie sollten für seine weitest-Verbreitung in den Kreisen ihrer Arbeitskollegen sorgen und nach bestem Können dazu beitragen, daß das Fachblatt jederzeit die Praxis lebendig widerspiegelt.



Holzindustrie



Aus der Musikinstrumentenindustrie.

X. Zusammenfassung der Ergebnisse der Untersuchungen.

Der Enquete-Ausschuß hat am Schlusse seines Berichts die Ergebnisse seiner Untersuchungen zusammengefaßt. Wir geben aus der umfangreichen Abhandlung folgende Stellen wieder:

Die Gründe für die rückläufige Entwicklung bei mehr als 90 Prozent der Erzeugung an Großmusikinstrumenten liegen in zwei Richtungen: in der Marktgestaltung und im organisatorisch-technischen Aufbau der deutschen Produktion. Der Weltmarkt für Großmusikinstrumente außer Orgeln steht unter dem Einfluß radikalen Geschmackswandels auf dem Gebiete der musikalischen Kultur, der sich gerade in den Ländern alter musikalischer Tradition gegen die Pflege der Hausmusik auswirkt. Zudem macht sich die allgemeine Neigung der Nachkriegszeit zu protektionistischen Maßnahmen außer in einigen alten Produktionsländern auch in früheren Importländern mit dem Ziele einer Aufnahme bzw. Steigerung der Eigenherzeugung bemerkbar. Hierdurch wird die Wirtschaftslage der Ausfuhrländer, die ohnehin durch die generelle Einengung des binnenwirtschaftlichen Absatzraumes nachteilig beeinflusst ist, noch besonders erschwert. Dieser ungünstigen Veränderung der inländischen und ausländischen Marktlage vermochte sich die Unternehmungs- und Betriebsverfassung der betroffenen Produktionszweige in Deutschland bisher so wenig anzupassen, daß die internationale Geltung mindestens des deutschen Pianos noch stärker bedroht ist, als es der allgemein rückläufigen Weltmarktentwicklung entsprechen würde.

Wie sehr der Siegeszug der mechanischen Musik und die Verdrängung des musikalischen Interesses durch den Sport die Nachfrage nach Tasteninstrumenten für den Hausgebrauch beeinträchtigt, zeigt die internationale Produktionsentwicklung. Die Pianoherzeugung der Erde lag 1928 um 40 Prozent, die Harmoniumherzeugung um 60 Prozent unter den Mengen von 1913. Die Umsätze auf dem Weltmarkt haben sich in entsprechendem Maße verringert. Nur ein kleiner Teil der wichtigeren Bezugsländer hat seine Einfuhrmengen gegenüber der Vorkriegszeit gesteigert. Die angesichts der Geschmacksänderungen unbestreitbare Überlegenheit der Weltproduktion an Pianos hat nicht verhindern können, daß sich hinter hohen Zollmauern in Europa und zum Teil auch in Übersee neue Stapelindustrien entwickelten. Daher sind nicht nur die Gesamtumsätze des Weltmarktes zurückgegangen, sondern es sind auch in der Zusammenfassung des Welthandels gewisse Verschiebungen eingetreten: im Export der alten Ausfuhrländer, speziell also Deutschlands, nehmen die hochwertigen Instrumente einen größeren Raum ein. Ferner gewinnt die Nachfrage nach Bestandteilen anteilmäßig erhöhte Bedeutung, soweit nicht auch hier von den Autarkietendenzen und der allgemeinen Schrumpfung des Produktionsumfangs der Fertigerzeugnisse eine Gegenwirkung ausgeht. Entsprechendes vollzieht sich für die Harmoniumproduktion in Holland, Italien und Argentinien.

Die Entwicklung auf dem deutschen Binnenmarkt zeigt die geschilderten Tendenzen in erheblicher Verschärfung. Zu den auch hier wirksamen Bedarfswandlungen treten erschwerend die geschwächte Kaufkraft des Mittelstandes und die Wohnungsnot, die den Absatz vor allem der mittleren und Stapelinstrumente beeinträchtigt. Unter diesen Umständen machen sich die Konjunkturschwankungen mit besonderer Stärke bemerkbar. Der Markt für Qualitätsinstrumente ist noch verhältnismäßig günstig im Vergleich zu dem für das Massenfabrikat, dessen Preisgestaltung die unteren Käuferschichten, auch wo ein Kaufwille vorhanden wäre, vorläufig von der Nachfrage ausschließt.

Der Rückgang der deutschen Pianoherzeugung geht sowohl auf Kosten des Binnen- wie des Außenmarktes. Daß die Ausfuhr relativ noch stärker gesunken ist, muß den Zollerhöhungen der Nachkriegszeit zugeschrieben werden, an denen mit Ausnahme von Schweden, Brasilien und den Philippinen sämtliche wichtigeren Absatzländer beteiligt sind. Besonders peinlich macht sich für Deutschland die Absperrung des britischen und russischen Marktes sowie die Erschwerung der Ausfuhr nach den britischen Dominions bei gleichzeitiger Vorzugsbehandlung Englands fühlbar.

Die Kapazität der deutschen Pianoherzeugung und Harmoniumproduktion dürfte unter dem Einfluß der Inflationskonjunktur in den ersten Jahren nach der Stabilisierung der Währung eher noch größer gewesen sein als vor dem Krieg. Es ist die naturgemäße Wirkung des Aufschwungs der Marktverhältnisse, daß diese Kapazität seit 1924 und vollends seit der Wiedereinführung der Mackenna-Zölle im Jahre 1925 nur noch zur Hälfte bis zu zwei Dritteln ausgenutzt werden konnte. Der Auslastungsgrad war bis zum April 1930 weiter auf etwa 57 Prozent, im August 1930 auf nur noch 25 Prozent gesunken. Obwohl dieser Zustand zu zahlreichen Betriebseinstellungen geführt

hat und seine Ursachen von den beteiligten Kreisen selbst als dauernd angesehen werden, hat man erst in der allerletzten Zeit begonnen, daraus Folgerungen für die überbetriebliche und innerbetriebliche Organisation der Industrie zu ziehen.

Der Unternehmensaufbau der Großmusikinstrumentenindustrie hat sich gegenüber der Vorkriegszeit nicht wesentlich verändert. Immer noch ist die Einzelirma die charakteristische Rechtsform der Unternehmungen. Im Gegensatz zur amerikanischen und zur englischen Konkurrenz hatte bis Anfang 1929 weder die horizontale noch die vertikale Konzentration der Pianoherzeugung erhebliche Fortschritte gemacht. Wohl hat die schlechte Konjunktur der letzten Jahre vor allem kleinere, zum Teil sehr alte Firmen ausgemerzt. Dennoch ist ebenfalls im Gegensatz zu den westlichen Konkurrenzländern in Deutschland immer noch kein zahlenmäßiges Übergewicht des Großbetriebes festzustellen.

Diese Stagnation in der Fortbildung der Unternehmungen wirkt sich sehr merklich auch in der inneren Betriebsorganisation aus. Wohl ist die Arbeitsleistung in der Pianoherzeugung gestiegen. Auch die zunehmende Verwendung von ungelernten und angelegerten sowie weiblichen Arbeitern deutet auf Rationalisierungsmaßnahmen. Immer noch bleibt der Stand der Rationalisierung in Deutschland aber weit hinter der entsprechenden Entwicklung in den Vereinigten Staaten zurück, sowohl was die Maschinenverwendung als auch was die Rohstoffverwertung und die Lösung der Lager- und Transportprobleme anlangt. Dieses langsame Tempo der deutschen Rationalisierung ist um so bedenklicher, als auch die englische Industrie, die als Qualitätsindustrie auf die Dauer Deutschlands eigentliche Konkurrenz auf dem Weltmarkt darstellen wird, seit dem Kriege erhebliche Fortschritte gemacht haben soll.

Die mündlichen Vernehmungen wie die Nachprüfung der Liquidität und Lagerhaltung einzelner Unternehmungen haben jedoch eindeutig gezeigt, daß das Rationalisierungsproblem nur zum kleineren Teil von dem einzelnen Betrieb aus gelöst werden kann. Die technische Rationalisierung der Stapelherzeugung innerhalb der Eignart des Produkts gezogenen Grenzen hat Serienproduktion, also Typung und Normung, zur Voraussetzung. Diese Maßnahmen selbst aber sind durch die herrschende Zersplitterung der Unternehmungen und den angesichts der Notlage immer schärferen Konkurrenzkampf im Augenblick unmöglich gemacht. Wenn allerdings, wie die Sachverständigen auslegen, die um mehr als 100 Prozent über dem Vorkriegsstand liegenden Fabrikpreise für Stapelinstrumente die Rentabilität nicht sichern können, während die entsprechenden englischen Preise eher tiefer liegen, so wird auf die Dauer eine grundlegende Umgestaltung der Unternehmungs- und Betriebsorganisation nicht zu umgehen sein. Einige Zusammenstöße, die im Jahre 1929 in die Wege geleitet wurden, sowie der Ausbau technischer Rationalisierungsmaßnahmen gerade in jüngster Zeit schienen auf den Anfang einer solchen Entwicklung hinzudeuten. Die Zusammenbrüche der letzten Monate zeigen jedoch, daß der weitere krisenhafte Rückgang der Nachfrage die größeren Betriebe mit besonderer Schärfe trifft. Der internationale Markt wird zunächst eine gewisse Beruhigung erfahren müssen, ehe sich die organisatorische Sanierung als Wiederherstellung der Rentabilität auswirken kann.

Steht so das Problem der Unternehmenskonzentration im Mittelpunkt der Reorganisation der Pianoherzeugung und in geringerem Maße auch der Harmoniumindustrie, so dürfen doch auch gewisse Schwierigkeiten nicht übersehen werden, die aus der Gestaltung einiger technischer Kostenspektoren sowie des Betriebes erwachsen. Der Preissteigerung der eigentlichen Rohstoffe dürfte eine erhebliche Bedeutung kaum zukommen, da sie im Durchschnitt hinter der Bewegung der Fertigproduktpreise zurückbleibt. Dagegen macht die Bestandteilebeschaffung in der Preisgestaltung wie in der Bezugsorganisation gewisse Schwierigkeiten. Die wichtigsten Zweige der Bestandteileindustrie, die Mechanik- und die Klaviaturenproduktion, befinden sich in einer ganz ähnlichen Lage wie die Pianoherzeugung selbst. Ihre Produktionskapazität ist auf Grund der schlechten Marktlage der Fertigungindustrie bei gleichzeitigem Rückgang ihrer unmittelbaren Ausfuhr zu einem erheblichen Teil unausgenutzt. Der Versuch, durch ein Preiskartell die Last der fixen Kosten weiterzuwälzen, der der Pianoherzeugung selbst in den letzten Jahren nicht mehr gelungen ist, wurde von der Mechanikindustrie eine Zeitlang erfolgreich durchgeführt. Gleichzeitig ist ein Konzentrationsprozeß im Gange, dessen Auswirkung auf die technische Rationalisierung und damit auf die Preisgestaltung aber selbst wieder von der Möglichkeit der Serienproduktion und damit von der Umorganisation der Fertigerzeugung abhängt. Der weitere Absatzrückgang scheint auch in der Bestandteileindustrie im Wege der Ausmerzung der Grenzbetriebe die notwendige Konzentration der Erzeugung herbeizuführen. Hierdurch und durch den Fortfall der Preisbindungen wird für die Fertigungindustrie

die Möglichkeit eines zukünftigen günstigeren Bezugs der Bestandteile geschaffen.

Die Organisation des Betriebes hatte in den letzten Jahren unter einem heftigen Kampf zwischen Industrie und Handel um den direkten Absatz der Fabrikanten zu leiden. Auch dieser Streit, der inzwischen beigelegt wurde, ist ebenso wie die bisher vergeblichen Bemühungen um die Durchsetzung einheitlicher Detailpreise ein Spiegel der Abnötung. Die geschwächte Finanzkraft des Handels, die auch durch die neuen Institute zur Kreditfinanzierung nur ungenügend ersetzt sein soll, verschärft die Saison-schwankungen der Produktion.

Ein Sonderproblem stellt die Fabrikation und die Ausfuhr von Selbstspielpianos dar. Auf dieser Produktion beruhte die eigentliche Überlegenheit der Vereinigten Staaten in den letzten Jahren, durch die sie Deutschland u. a. vom australischen Markt verdrängen konnten. Auch hier ist es die eine Serienfabrikation abschließende Unternehmungsorganisation, die die Verbreitung des deutschen Erzeugnisses hemmt, obwohl es etwa in Südamerika rege Nachfrage findet. Vorläufig scheint jedenfalls die deutsche Industrie sich vom Bezug amerikanischer Einbauparate noch nicht unabhängig machen zu können.

Es wäre falsch, über diesen Hemmungen der Produktion und des Absatzes die nicht geringen Chancen zu übersehen, die der deutschen Pianoherzeugung und Harmoniumindustrie aus einer Anpassung an die gegebene Marktlage im In- und Ausland erwachsen können. Die Organisation des Abzahlungsengeschäfts hat bisher einen Grundstock von Inlandumsätzen aufrechterhalten, der aus den Kreisen des Mittelstandes und der gehobenen Arbeitnehmerschaft nicht unerheblich vergrößert werden könnte, sobald weitere Rationalisierungsmaßnahmen eine Preislenkung für das Stapelinstrument gestatten. Allerdings darf nicht verkannt werden, daß die jüngsten Schwierigkeiten der Abzahlungsfinanzierung den deutschen Inlandabsatz hemmend beeinflussen müssen. Auch eine Erziehung der Käuferansprüche zugunsten der Serienproduktion in der Richtung einheitlicher und vereinfachter äußerer Formgebung erscheint nicht aussichtslos.

Daß der Weltmarkt dem deutschen Produkt noch Möglichkeiten bietet, erweisen die steigenden Umsätze mit einigen skandinavischen und südamerikanischen Ländern sowie mit Ägypten und Ostafrika. Die allmähliche Umstellung der Ausfuhr auf Flügel hat sogar in England und der Tschechoslowakei zu gewissen Erfolgen geführt. Auch die deutschen Einbauparate finden etwa in der Schweiz oder in Südamerika wachsende Nachfrage. Vorbedingung für einen durchgreifenden Erfolg scheint aber neben der Reorganisation der Produktion vor allem eine Konzentration des Ausfuhr-geschäfts zu sein. Auch hier macht die Überlegenheit des Angebots sich sowohl in der Preisstellung wie in den Lieferungsbedingungen störend bemerkbar.

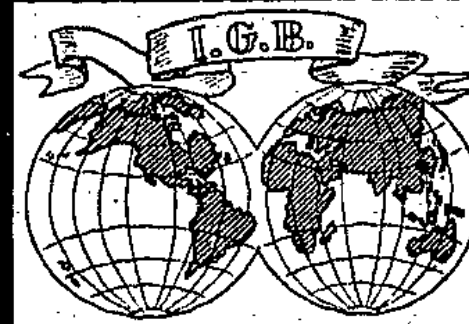
Römhildt und Herrmann.

Die Pianoherzeugungsfabrik Römhildt AG. in Weimar führt, wie viele Betriebe der Branche, schon seit Jahren ein kümmerliches Leben. Im Juni 1925 beschäftigte sie rund 120 Holzarbeiter. Das war die Blütezeit der Gesellschaft. Von da an ist es mit ihr ständig bergab gegangen; zurzeit arbeiten noch ein Werkführer und vier oder fünf Lehrlinge. Ein Teil der Grundstücke ist an die Ingenieurschule Altenburg verkauft worden, die nach Weimar verlegt werden soll. Der Römhildt AG. verbleiben aber noch recht umfangreiche Räume; was sie mit diesen anfangen will, ist nicht recht klar. Daß die Gesellschaft wieder auf die Beine kommen könnte, ist sehr unwahrscheinlich. Auch die Geschäftsleitung der Römhildt AG. scheint alle Hoffnungen aufgegeben zu haben. Diese Vermutung muß man jedenfalls haben, wenn man jetzt in den Tageszeitungen lesen muß, daß die Römhildt AG. „einen Teil ihrer Produktion an die Pianoherzeugungsfabrik Alexander Herrmann AG. in Sangerhausen abgetreten hat“. Wenn die Römhildt AG. dieser Meldung den Satz anfügt: „Eine Auflösung der Römhildt AG. kommt aber nicht in Betracht, sie führt in den ihr verbliebenen Anlagen in Weimar den Betrieb weiter“, so klingt dies sehr schön, aber Vertrauen zu diesen Worten hat bestimmt niemand. Wir bitten uns nicht mißzuverstehen: Wir haben an dem völligen Verschwinden der Römhildt AG. selbstverständlich kein Interesse, im Gegenteil, wir würden uns freuen, wenn sie sich wieder zu einem blühenden Unternehmen entwickeln würde. Die Aussichten dafür sind aber recht trübe.

Die Herrmann AG. in Sangerhausen wurde im Oktober 1928 gegründet, und zwar durch Erwerb und Fortführung der alten Pianoherzeugungsfabrik von Alexander Herrmann. Um jene Zeit beschäftigte die Firma rund 80 Holzarbeiter. Inzwischen hat auch sie ihren Betrieb stark einschränken müssen. Aus ihrem Abschluß mit der Römhildt AG. könnte man fast schließen, daß sie sich auf dem Wege des Wiederaufstiegs befindet.



Gewerkschaftsbewegung



Sagung des Bundesauschusses.

Am Sonntag, dem 14. Dezember, trat der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Gebäude des Reichswirtschaftsrats zu seiner 10. Sitzung zusammen, die vom Bundesvorsitzenden Theodor Leipart geleitet wurde. An der Sitzung nahmen auch die Bezirkssekretäre und die Redakteure der Gewerkschaftspresse teil.

Bevor er in die eigentliche Tagesordnung eintrat, wies Leipart auf das in der vergangenen Woche erlassene Verbot des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues“ hin. Er legte dem Bundesauschuss die folgende Entscheidung vor, die einstimmig angenommen wurde:

„Der Bundesauschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes spricht seine Empörung aus über das Verbot des Remarque-Films. Er protestiert entschieden gegen dieses Verbot, das von dem alten militaristischen Geist diktiert ist, keineswegs aber von dem Geist der Männer, die an der Front kämpften. Er protestiert gegen das Wiederaufleben der Methoden des Obrigkeitsstaates, die Freiheit der eigenen Urteilsbildung zu verhindern. Demgegenüber betont der Bundesauschuss erneut den entschlossenen Willen der organisierten Arbeiterklasse zur Sicherung des Friedens und der demokratischen Volksrechte. Die Gewerkschaften fordern deshalb, daß das Verbot des Films aufgehoben wird.“

Leipart berichtete sodann über die Tätigkeit des Bundesvorstandes seit der letzten Ausschusssitzung. Die Arbeitslosigkeit ist seit der letzten Sitzung unaußersahm angewachsen. Das zwingt die Gewerkschaften, erneut zu der Lage Stellung zu nehmen. Der Bundesvorstand hat sich in den letzten Wochen ständig mit diesem großen Fragenkomplex beschäftigt.

Ein Ortsauschuss hat angeregt, den Umfang der Gewerkschaftspresse vorübergehend einzuschränken und statt dessen eine verstärkte Agitation durch Flugblätter zu betreiben. Der Bundesvorstand hält diese Anregungen für beachtlich. Er will selbst Flugblätter herausbringen und empfiehlt den Verbänden, die besonderen Fragen ihres Tätigkeitsbereichs ebenso zu behandeln. Auch die Bezirkssekretäre und die Ortsauschüsse sollten sich diesem Vorhaben anschließen.

In Schleien hat der Bezirkssekretär die Vertreter der Gesellenausschüsse zu einer Konferenz zusammengerufen. Auch in anderen Bezirken sollten diese Konferenzen abgehalten werden. Die Verbände müßten sich an der Aufbringung der Mittel beteiligen.

Eine Anregung, der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft als korporatives Mitglied beizutreten, hat der Bundesvorstand aus finanziellen Gründen ablehnen müssen. Dagegen werden die Gewerkschaften die von der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft eingeleitete Untersuchung über das Grubenunglück in Alsdorf und die Verhütung ähnlicher Katastrophen unterstützen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sprach Leipart über die wirtschaftliche Notlage der deutschen Studenten, für die in weit geringerem Maße als bisher Stipendien zur Verfügung gestellt werden könnten. Er halte es daher für zweckmäßig, daß einer Anregung, die von sozialistischen Hochschullehrern ausgegangen sei, stattgegeben werde. Der Vorschlag gehe dahin, daß die Gewerkschaften selbst bestimmte wissenschaftliche Arbeiten anregen sollten, für die zunächst zwei Preise von je 2000 Mark ausgesetzt seien.

Der Vorstand hat sich in letzter Zeit mit dem Plan beschäftigt, eine Konferenz einzuberufen, zu der die Sachbearbeiter der Verbände für Betriebsratsfragen, die Bezirkssekretäre und die Vertreter der größeren Ortsauschüsse sowie eine größere Anzahl von Betriebsräten geladen werden sollen.

Vom Jugendsekretariat wird berichtet, daß der Reichsausschuss der Deutschen Jugendverbände, dem wir angehören, eine Reihe gesetzgeberischer Maßnahmen zur Erweiterung des Jugendschutzes vorgeschlagen hat, die eigentlich ihre Regelung im Arbeitsschutzgesetz finden würden. Es sei aber vielleicht zweckmäßig, diese Fragen vorweg einer Lösung entgegenzuführen. Die Vorschläge sind in Vorbereitung.

Im Zusammenhang mit der Preisentzugsaktion ist die Forderung nach Aufhebung des Nachtbrotverbots erhoben worden. Der Bundesvorstand hat es aus verschiedenen Gründen abgelehnt, seinerseits diese Aufhebung zu befürworten; vor allem aus dem Grunde, weil sie vermutlich zu neuen Entlassungen führen würde. Das widerspräche der von den Gewerkschaften befolgten Politik. Der Zentralrat und deutscher Kontumvereine ist dagegen entschlossen, die Aufhebung des Nachtbrotverbots für Großbetriebe nachdrücklich zu betreiben.

Dem Bericht Leipart folg über den Internationalen Gewerkschaftsbund. Es ist bereits bekannt, daß als Nachfolger Sosenbabs der Genosse Schemmels zum Generalsekretär des I.G.B. gewählt worden ist. In der letzten Sitzung des Vorstandes des I.G.B. wurde zum Untersekretär der von der Landeszentrale der Tschechoslowakei vorgeschlagene Kandidat Stolz gewählt.

Ein gemeinsamer Ausschuss zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in dem die Sozialistische

Arbeiterinternationale und der Internationale Gewerkschaftsbund vertreten sind, bereitet eine größere Denkschrift zu dieser wichtigen Frage vor. Er wird seine Arbeiten im Januar auf einer neuen Sitzung in Zürich fortsetzen.

In der Debatte, die sich an die Mitteilungen des Bundesvorstandes anschloß, wurde die Auffassung vertreten, daß Betriebsratskonferenzen zweckmäßig von den Verbänden einberufen werden. Dagegen sei eine Konferenz der Sachbearbeiter der Verbände sehr zu begrüßen.

Zu der Frage des Nachtbrotverbots wurde ausgeführt, daß es ein Irrtum sei, von seiner Aufhebung eine Herabsetzung des Brotpreises zu erwarten. Die Herstellung von Brot in der Nacht würde sich verteuern, da die Bäckerarbeiter ebenso wie alle anderen Arbeiter Nachtarbeit nur gegen Lohnzuschläge leisten würden.

Wenn der Jugendschutz aus dem Arbeitsschutzgesetz herausgenommen und vordringlich behandelt würde, bestünde die Gefahr, daß andere wichtige Fragen, die für die Verbände von nicht geringerem Interesse sind und gleichfalls durch das noch ausstehende Gesetz geregelt werden sollen, weiterhin verschoben werden.

Eine Reihe von Verbandsvertretern erklärte, daß eine generelle Einschränkung des Umfangs der Gewerkschaftszeitungen nicht in Frage komme. Dagegen waren alle damit einverstanden, eine intensivere Agitation durch Flugblätter zu betreiben, die um so wirkungsvoller sein würde, wenn sie sich aus ganz bestimmten Situationen ergeben.

Ein Redner wandte sich gegen die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die die von den Kommunisten vorgeschlagene Winterbeihilfe für die Erwerbslosen im Betrage von 400 Millionen abgelehnt habe. Dem wurde entgegengehalten, daß die Sozialdemokratie gegen die von den Kommunisten beantragte Nothilfe stimmen mußte, weil es sich um einen bloßen Agitationsantrag gehandelt habe. Die Antragsteller hätten sich so gut wie jeder andere, der die Finanzlage des Reiches kenne, darüber klar sein müssen, daß diese 400 Millionen gar nicht aufgebracht werden können. Die Staatseinnahmen gingen zurück, während die Staatsausgaben wachsen. Wenn die Sozialdemokratie sich für diesen Antrag erklärt hätte, so hätte sie höchstens die Regierung-Brüning gestürzt.

In der Aussprache kam wiederholt zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften sich mit aller Entschiedenheit für den Ausbau des Reichsbankens zu einer wirklichen Schutzorganisation der Arbeiterklasse und des republikanischen Staates einsetzen müßten.

Der Bundesauschuss nahm sodann Stellung zu der Frage des neunten Schuljahres. Der Bildungssekretär des I.G.B., Kollege Heßler, hielt das einleitende Referat. Er wies darauf hin, daß die Frage der Erweiterung der Schulpflicht aus arbeitsmarktpolitischen Erwägungen bereits anlässlich der Wirtschaftskrise 1926/27 lebhaft erörtert wurde. Für die neue Debatte war wiederum die Arbeitsmarktlage der Ausgangspunkt. Die preussische Staatsregierung hat der Reichsregierung Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingereicht, die auch eine Verlängerung der Schulpflicht vorsehen. Diese Vorlage erfordert auch eine Stellungnahme der Gewerkschaften. In ausführlichen Darlegungen begründete der Redner die folgende vom Bundesvorstand zu der Frage vorgelegte Entscheidung, die vom Bundesauschuss einstimmig angenommen wurde:

„Die Verlängerung der Schulpflicht ist aus gesundheitlichen, jugendpsychologischen und sozialpädagogischen Gründen eine unumgängliche Notwendigkeit. Die Gewerkschaften sind bereits früher grundsätzlich für die Verlängerung der Schulpflicht eingetreten. An dieser Auffassung halten sie fest.“

Die Verlängerung der Schulpflicht bedeutet erweiterten Jugendschutz, da der ganztägige Schulbesuch den Eintritt in ein Arbeitsverhältnis um ein volles Jahr hinausrückt. Diese längere Fernhaltung von der Erwerbstätigkeit schafft Raum, den Jugendlichen körperlich zu kräftigen, und läßt ihm Zeit, geistig zu reifen. Er wird dann seine Berufsentscheidung mit größerer Sicherheit treffen können. Von einer Verlängerung der Schulpflicht ist überdies eine Hebung der geistigen Ausbildung und charakterlichen Erziehung unseres Volkes zu erwarten.

Die Verlängerung der Schulpflicht hat gleichmäßig für alle Jugendlichen zu gelten. Für die betroffenen Familien ist eine Sonderfürsorge in ausreichendem Maße unerlässlich.

Gegen den Vorschlag, die Verlängerung der Schulpflicht auf zwei Jahre zu beschränken und nur für die Volksschüler in den Städten einzuführen, sind große Bedenken zu erheben. Dieses Provisorium wäre geeignet, den Grundsatz der allgemeinen Schulpflicht zu gefährden.

Die Erweiterung der Schulpflicht ist für die Reorganisation des gesamten öffentlichen Schulwesens von weittragender Bedeutung. Die erweiterte Beschulung darf weder in einer einfachen Verlängerung des Elementarunterrichts (Volksschule) bestehen noch darf sie (durch Besuch spezieller Berufsschulen) zu einer vorzeitigen Berufsentscheidung führen. Über Lehrplangestaltung und organisatorische Angliederung sollten sich die Behörden, die Vertreter der Lehrerschaft der Volks- und Berufsschulen mit Vertretern der Wirtschaft verständigen.“

Der folgende Punkt der Tagesordnung betraf Vereinbarungen zwischen dem Gesamtverband und dem IFA-Bund. Leipart berichtete, daß der Vorstand des Gesamtverbandes beabsichtigt, und zwar auf Grund eines Abkommens mit drei IFA-Verbänden, für seine Angestelltenmitglieder Beiträge an den Vorstand des IFA-Bundes statt wie bisher an den des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu zahlen. Der IFA-Bund und seine Unterebene übernehmen dafür die Wahrung der besonderen Angestellteninteressen der im Gesamtverband organisierten Angestelltingruppen. Da diese Regelung vom Organisationsvertrag zwischen IFA-Bund und I.G.B. abweicht, so sollte der Ausschuss des I.G.B. auf Antrag des Gesamtverbandes seine Zustimmung zur Zahlung der Beiträge an den IFA-Bund geben.

In der Aussprache stellte sich heraus, daß in verschiedenen Gewerkschaften des I.G.B. ebenfalls nennenswerte Gruppen von Angestelltenmitgliedern vorhanden sind, für die der Anschluß an den IFA-Bund bzw. die Zahlung von Beiträgen an diesen in Betracht käme. Diese Entwicklung hat sich vielfach aus der Änderung des Berufsverzeichnisses der Angestelltenversicherung und durch Heraushebung im eigenen Beruf ergeben.

Da die Zahl der Mitglieder, die für diese Überführung an den IFA-Bund in Betracht kommen, nicht annähernd feststeht, beschloß der Bundesauschuss, daß die Vorstände der Verbände entsprechende Feststellungen treffen und etwaige Anträge für den Anschluß dieser Angestelltingruppen an den IFA-Bund dem Vorstand des I.G.B. unterbreiten sollten. Dann wird in der nächsten Sitzung des Bundesauschusses darüber entschieden werden können.

Eine besondere Arzteorganisation ist von der Sektion Gesundheitswesen im Gesamtverband vorbereitet, die vornehmlich die angestellten Ärzte erfaßt. Der Plan geht dahin, auch die freien Ärzte in den freien Gewerkschaften zu organisieren. Der Vorstand des IFA-Bundes ist bereit, gemeinsam mit dem Gesamtverband eine besondere Organisation zu bilden, in der alle Ärzte erfaßt werden.

Der Bundesauschuss beschloß daher, beide Organisationen mit der Ausarbeitung eines Planes zu beauftragen, über den die kommende Sitzung des Bundesauschusses beschließen soll.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen des Bundesauschusses stand eine eingehende Aussprache über die allgemeine Lage. Leipart erinnerte einleitend an die in der letzten Zeit ergangenen Schiedssprüche. Er berichtete von eingehenden Besprechungen des Bundesvorstandes mit Vertretern der Regierung über die schweren sozialen Gefahren, die durch die Schlichtungspraxis der letzten Wochen und die systematisch betriebene Lohnsenkung herausbeschworen werde, und über die Gefährdung der tariflichen Regelung der Arbeitsbedingungen.

Spliedt gab einen Überblick über das Kräfteverhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, wie es sich aus den gegenwärtigen konjunkturellen und politischen Verhältnissen wie aus der Lage auf dem Arbeitsmarkt ergibt. Der Angriff gegen die Tariflöhne auf breiterer Front steht noch bevor. Im ersten Halbjahr 1931 wird er vermutlich größeren Umfang annehmen. Bis Ende Juni sind die Tarifverträge für rund 3 Millionen Arbeiter kündbar. Demnach ist zu prüfen, welche Kräfte die Bewegung gegen diese Gefahr einzusetzen hat. Bei dieser Prüfung ist zu berücksichtigen, daß die taktische Situation, in der die Gewerkschaften bei diesen Kämpfen stehen werden, in hohem Maße bestimmt wird durch die staatliche Schlichtung, namentlich durch die Anwendung der Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen. Das Reichsarbeitsministerium hat — im Einvernehmen mit der gesamten Reichsregierung — wiederholt öffentlich bekundet, daß es auf dem Standpunkt steht, Lohnsenkungen seien volkswirtschaftlich erforderlich. Danach wird es die Schlichtungspolitik, namentlich die Anwendung der Verbindlichkeitsklärung, sowohl im Prinzip wie im einzelnen Falle einrichten.

Sowohl in der Frage der Arbeitszeit wie der Löhne werden die Gewerkschaften auch weiterhin mit einem starken Widerstand der Unternehmer gegen ihre Forderungen zu rechnen haben. Selbstverständlich ist es wünschenswert für die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Tätigkeit, die sozialen Auseinandersetzungen in ruhigere Bahnen zu lenken und die Formen der Arbeitskämpfe zu mildern. Die praktische Erfahrung in den letzten Monaten scheint aber zu zeigen, daß einer Annäherung der gegensätzlichen Standpunkte enge Grenzen gezogen sind. Immerhin ist eine gewisse Bereitschaft zu grundsätzlichen Zugeständnissen in führenden Kreisen des Unternehmertums nicht zu verkennen und verdient sorgfältige Prüfung.

In der Diskussion wurde die gegenwärtige taktische Situation der Gewerkschaften eindringend erörtert. Allgemein war die Überzeugung, daß die Arbeitszeitverkürzung nicht mehr vertretbar sei, wenn eine Senkung der Tariflöhne eintrete. Die Verbandsvorstände waren sich darin einig, daß die Gewerkschaften die Entwicklung der Lage dauernd scharf im Auge behalten müssen, um zu gegebener Zeit abermals zu gemeinsamer Beratung der notwendigen taktischen Schritte zusammenzutreten.



Unterhaltung und Wissen



Auf der Treppe.

Eine Neujahrs-Geschichte von Rose Ewald.

Der Junge hatte sich bewegt; Karl Bröger zog vorsichtig den Mantel höher um die kleine, mageren Gestalt. Wie gut, daß der Bengel wenigstens schlief! Vielleicht hätte er doch nicht so rasch sein sollen. . . ach was, er hatte die Sticheleien des Alten satt gehabt. Der sah im Fett, hatte sich rausgewerkelt, war nun Vertrauensmann der Fabrikleitung, na ja, man wußte ja, was davon zu halten war — und richtig hatte er wieder den Mund groß aufgerissen über seine ehemaligen Kollegen, die jetzt im Streik standen. „Affen seid ihr mit eurer Organisation! Wer was vor sich bringen will, soll man immer bloß auf seinen eigenen Kram sehen! Du hast auch schon bald keinen ganzen Hosenboden mehr. . . und wenn du dich sattessen willst, dann kommst du doch immer wieder bei Muttern!“ Da war Karl feuerrot aufgesprungen, ein Wort hatte das andere gegeben, und schließlich hatte er seinen Jungen, der mit milden Augen auf einem Küchenstuhl hockte, hochgenommen. Der Vater hatte noch höhnisch gelacht: „Sogar deinen Bankert haben wir mit Streibrot gebacken müssen!“ Da hatte die Treppe schon hinter Karl Bröger und seinem Jungen geklappt. . .

Sein Bankert. . . zart strich Karl Bröger über das blonde Köpfchen des schlafenden Kindes. Vier Jahre war die Elisabeth nun schon tot — vier Jahre war der Junge alt. Achtzehn Jahre war die Elisabeth damals alt gewesen, ein Jahr älter als er. Sie hatte ihn eigentlich erst in die Bewegung gebracht, sie hatte das so von den Eltern übernommen, und das verwaisete Mädchen fand im Kreise der Genossen die Wärme, die ihr die alte Tante, bei der sie nun wohnte, nicht geben konnte. Dann lernte er sie kennen — dann kam das Kind, und dann — der Tod. Den Jungen durfte er ja zu seinen Eltern bringen; aber er selbst zog weg. Vielleicht würde es der Junge doch besser haben, wenn nicht alle Tage mit dem Alten Zank und Streit war.



Und nun sah er hier auf der Treppe. Neujahrsnacht. . . und seine Wirtin war natürlich nicht zu Hause und hatte auch nicht den Sicherheits Schlüssel unter die Matte gelegt; sie dachte wohl, auch er würde bis zum Morgen ausbleiben. Wo sollte er nun mit dem Jungen hin? Die Kneipen waren heute doch alle überfüllt — sollte das Kind diesen ersten Tag, an dem es beim Vater war, in Dalm und Schnapsdunst verbringen? Dann lieber auf der Treppe bleiben — einmal würde es ja Morgen werden. . .

Was die für einen Krach machten hier nebenan! Eigentlich hatte er vorhin schon bei Fräulein Marie klopfen wollen, aber sie hatte ja Besuch — und wenn sie keinen Besuch gehabt hätte, wäre sie sicher nicht zu Hause gewesen; so ist es nun mal in der Neujahrsnacht. Komischer Kerl übrigens, das Fräulein Marie. Wohnte ganz allein in der Stube mit Kammer und Küche, die sie von der Mutter geerbt hatte. „ne richtige Unverschämtheit bei der Wohnungsnot!“ hatte seine Wirtin gemeint. Wenn sie wenigstens vermietet hätte! „Dazu können viel zwiefel Leute meine Wohnung gut gebrauchen“, hatte sie mal seiner Wirtin geantwortet. Na, laß sie. Wer weiß, warum sie lieber ungeniert sein wollte. Seine Wirtin hatte mal eine höhnische Bemerkung über den Verkehr bei Fräulein Marie gemacht; aber was ging ihn das Mädchen an. . . bloß aussehen tat sie nicht so.

Na ja, nun ging das Proßt Neujahr los. Wenn bloß keiner von den verflügten Bengeln hier im Hof einen Schwärmer abschließen würde! Der Junge schlief so schön. . . wie warm solch ein Kind ist! Karl Bröger zog den Kopf zwischen die Schultern und nickte auch ein bißchen ein.

Blötzlich fiel der Strahl einer Küchenuhr auf sein Gesicht. Verwirrt öffnete er die Augen. Vor ihm stand Fräulein Marie mit vier jungen Menschen, ihren Gästen.

„Manu, Herr Nachbar — ist Ihnen schlecht geworden?“ Da sahen sie erst das Kinderköpfchen unter dem Überzieher. Karl Bröger lachte verlegen. „Ich bin ausgeperrt mit meinem Jungen — der soll sich wohl beizeiten an Ausper-

rungen gewöhnen.“ Mit kurzen Worten klärte er Fräulein Marie über die Situation auf. Die schüttelte den Kopf. „Und da sitzen Sie Schaf Gottes hier auf der Treppe! Nun macht mal schnell runter, Kinder, damit der kleine Junge ins Bett kommt!“

Eine halbe Stunde später sah Karl Bröger schon bei einem Topf voll Tee in Fräulein Mariens Küche. Der Junge schlief in Fräulein Mariens Bett, sie hatte es sich nicht nehmen lassen, den kleinen Kerl selbst zu entkleiden, ehe sie zu ihrem neuen Gast ging. Nun saß sie ihm gegenüber und hörte von ihm

Dann machte Fräulein Marie leise Feuer im Herd an, und bald zappelte der Radebel in ihrer besten Zinkwanne. Er trährte vergnügt und ausgelassen „Proßt Neujahr!“ wieder und wieder, bis endlich Karl Bröger aus der Kammer trat:

Gedanken zum Jahresschluss.

Trink aus! den letzten Becher,
So dir das letzte Jahr nur Freuden gab,
Dreh um das letzte Blatt mit Siegerlaune,
Und sei es auch dein schwerster Tag.
Gegangen sind zwölf Monate
Wohl über manchen Sarg.
Gestlucht hat Vieler Mund
Und auch der Frohe wurde karg.

Es nahm das Leben harte Steuern
Von dir, von uns, von allen,
Die an fremden Feuern
In eigene Schuld verfallen.

Und so du keinen Becher hast,
Lass weibisch nicht die Tränen rinnen.
Zum „Teufel“ schick die alten Laster,
Wach auf aus missvergütem Sinnen!
Ein Singen hebt durch alle Lüfte an,
Nicht hell und klar, nicht ruhig;
Ein trutzig Lied aus Proletarierkehlen.
Zu ihnen geh. Doch mutig!

Alexander Merly.

die Geschichte seines Jungen, von der Geburt bis zu dem letzten Tag bei den Großeltern. . . und 'n Streibrot will ich mir aus meinem Jungen nicht machen lassen — lieber soll er woanders in Pflege kommen, dann ist es noch immer mein Junge.“

Fräulein Marie sah ihn ernst an. „Es ist schlimm mit so einem Kind! Es gibt ja gute Pflegestellen. . . aber ein Kind wird so leicht wurzellos. Geben Sie ihn nicht zu leicht weg, ich will ihn schon die erste Zeit behalten, dann haben Sie ihn doch alle Tage, und er kommt sich nicht so in der Fremde vor. Und nun, Herr Bröger — gute Nacht!“ Karl Bröger sah sie verdutzt an; sie lachte leise. „Ich bin ein schauderhafter Egoist, ich bin müde — und in der Kammer steht ein Feldbett für unvorhergesehenen Logierbesuch. Für eine Nacht geht es sehr schön, und es hat schon mancher Genosse länger drauf geschlafen, wenn er keine Weibe hatte. Die Lampe können Sie mitnehmen.“ Damit ging sie in die Stube und klinkte die Tür hinter sich zu. Einfach zu.

Verblüfft guckte er ihr nach. Na ja. . . aber eine merkwürdige Manier von einem Weibsbild war es doch. Genossen. . . so. Und wie sie ihn einfach schlafen schickte — eine andere Frau hätte mindestens noch mal nach dem Bett gesehen und ein bißchen darüber geredet. Aber sie — „die Lampe können Sie mitnehmen“. Irgendwas kränkte seine Männerzeitlichkeit. Trotzdem schlief er ganz gut auf dem Feldbett unter den zwei Schlafdecken, wenn die auch schon etwas dünn gewaschen worden waren.

Fräulein Marie schlief weniger gut. Nicht, weil der schmale Körper des Kindes ihr nicht reichlich Platz in dem breiten Bett gelassen hätte. Aber trotz ihrer Müdigkeit spürte sie jedes Zucken des warmen, weichen Körperchens. Und als der kleine Kerl zu ihr herankroch und sie mit seinen dünnen Armchen umfing, sich in seiner Schlaftrunkenheit bei ihr anlehnte, da wachte sie ganz auf und lauschte stundenlang auf das Atmen des Kindes. Der kleine Kerl! In Pflege sollte er kommen. . . ohne Mutter. . . sie schauerte unwillkürlich etwas zusammen: Sie war immer ein Mutterkind gewesen, an den Vater konnte sie sich kaum mehr erinnern. Und seit Mutter tot war, hatte sie sich manchmal recht einsam gefühlt, trotz der Genossen. . . Komisch, sie hatte noch nie daran gedacht, sich einen Freund anzuschaffen — und war doch nun vierundzwanzig Jahre alt. Wenn einer der Kameraden mal zärtlich zu ihr werden wollte, dann hatte sie immer lachend abgewinkt: „Ne, Haare apart und Buletten apart!“ Und schließlich hatte man das komische Mädchen in Ruhe gelassen. Irgendwo sah bei ihr die Erinnerung an Erzählungen der Mutter — Vater hatte getrunken. . .

Sie schreckte auf. Neben ihr saß das Kind und starrte mit erstaunten Blicken um sich. „Du! Wo ist mein Papa?“ Die kleine Schnute verzog sich zu einer ängstlichen Grimasse. „Der Papa schläft noch, Bub! Schön wise sein, daß wir ihn nicht wecken!“ Gehorsam legte sich der kleine Kerl wieder um.



„Proßt Neujahr, Hanselmann! Und Glück ins neue Jahr, Fräulein Marie!“ Die wischte die nassen Hände an der Schürze ab. „Ein Stück könnten sie mir ja gleich geben! Wenn Sie wollen, kann der Hansel bei mir bleiben! Ich nähe ja doch im Haus, und tagsüber kann er in den Kindergarten! Man ist dann abends nicht so allein. . .“ Karl Bröger lachte verlegen: „Da nehmen sie mir bloß eine Bitte ab! Besser kann es dem Jungen ja nicht werden — was, Hanselmann? Dann wohnt du dichst neben Papa, wenn du hier bleibst, gleich nebenan. . .“

„Und nachher ziehste zu uns!“ erklärte Hansel diktatorisch. Karl Bröger lachte — wahrhaftig, er konnte schon wieder lachen, diesmal war es an Fräulein Marie verlegen zu werden, und die wurde auch richtig rot.

„Aber nein. . . nein“, stammelte sie. Nach einem Jahr erwies sich freilich, daß der Hansel doch recht gehabt hatte: Aber wenn er sich mit seinem Vater zankt, dann ruht er seine günstige Situation nach immer aus. „Ich bin überhaupt eher hier gewesen — du bist bloß eingezogen!“ hat er neulich erklärt. Und der Papa hat sich gefallen lassen — denn schließlich weiß der Junge noch nicht mal, wie recht er eigentlich hat. . .

Neues Kältemittel.

Ein billiges und bequem zu handhabendes Kältemittel wäre von großem wirtschaftlichem und hygienischem Wert. Neben dem altbekannten Eis, das schon die Römer in Höhlen für den Sommer aufbewahrten, spielt feste Kohlenäure (CO₂) eine zunehmend bedeutende Rolle, aber der Preis ist für den Allgemeingebrauch zu hoch. Außerdem ist die Temperatur von -80 Grad unnötig tief und meist nicht voll verwertbar. Trotz mancher guter Eigenschaften, es tropft zum Beispiel nicht, sucht man doch CO₂ zu ersetzen. Nun wurde eine aus Kohlenstoff (Fluor und Chlor) bestehende gasförmige Substanz herausgefunden, die bei -28 Grad flüssig wird. Diese Temperatur liegt günstig, sie ist nicht zu tief und könnte noch für Zwecke des Haushalts in Frage kommen. Wesentlich ist nun, daß an eine solche Gasart, die in einer Haushaltmaschine verwendet werden soll, unbedingt die Forderung: ungiftig zu sein, gestellt werden muß. Die Chlor- und Fluorverbindungen sind vielfach giftig, doch nicht ausnahmslos; zum Beispiel enthält Kochsalz Cl und Fluorapat F, trotzdem ist keine der beiden Mineralien giftig. Es soll nun auch das neue Kältemittel C-Cl₂-F₂ sich beim Tierversuch als ungiftig erwiesen haben. Man sieht jedenfalls, daß in dieser Angelegenheit noch viel zu arbeiten und zu verdienen ist. Denn ein billiges und hygienisches Kältemittel würde im Sommer sehr viel verwendet werden.

Allerlei Humor.

Auge. Piesch aus Pirna will nach Dresden. „Was wollen Sie denn in Dresden?“ — „Ich habe etwas im Auge.“ — „Da kann ich Ihnen einen guten Augenarzt empfehlen.“ — „Wozu denn ein Augenarzt?“ — „Ich denke, Sie haben etwas im Auge.“ — „Na ja — ein Gesicht.“

Bis zum letzten Atemzug. Als der große Satiriker Rabelais auf dem Totenbette lag, hörte er die Ärzte über seinen Zustand und eine neue Art der Behandlung miteinander flüstern. Da richtete er sich mit seinen letzten Kräften auf und sagte in bittendem Ton: „Ach, meine Herren, lassen Sie mich doch eines natürlichen Todes sterben.“

Der Wohltäter. Wollen Sie nicht auch eine Summe für unser Kinderheim geben?“ fragt ein Freund den Willkürbesitzer. — „Gut“, erwiderte dieser. „Ich will Ihnen einen Scheck geben, hier ist er.“ — „Aber der ist ja nicht unterzeichnet.“ — „Ja, wissen Sie: ich möchte anonym bleiben.“

Bücher und Zeitschriften.

Fachblatt für Holzarbeiter. Illustrierte Monatshefte für die fachliche und kunstgewerbliche Fortbildung der Holzverarbeitenden Berufe. Schriftleitung: Wilhelm Schliebener. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband. Der Jahrgang 1930, der 25. des Fachblattes, liegt nun abgeschlossen vor. Ein stattlicher Band, der in seiner äußeren Ausstattung wie seinem Inhalt, sowohl textlich wie in den sehr zahlreichen Abbildungen die höchsten Anforderungen befriedigt. Als das „Fachblatt für Holzarbeiter“ im Jahre 1906 ins Leben gerufen wurde, umschrieb es im Einführungsartikel seine Aufgabe mit folgenden Worten: „Es soll Verständnis für neue Arbeitsmethoden, für die technischen Umwälzungen, deren Zeuge wir sind, für die Entwicklung und die Hilfsmittel im Kunstgewerbe der Gegenwart verbreiten und den Holzarbeiter zu einem bewußten Betreuer dieser Kunstentwicklung machen.“ Diesem Programm ist das „Fachblatt“ in den 25 Jahren seines Bestehens treu geblieben. Es hat sich schnell zu einer kunstgewerblichen Zeitschrift von Rang entwickelt. Dank seiner umsichtigen Leitung, dem verständnisvollen Eingehen auf die Bedürfnisse der Zeit hat es diese Stellung zu behaupten vermocht. Erfolgreich ist es, daß auch in dieser Hinsicht das Interesse der Kollegenschaft für die Erweiterung und Vertiefung des beruflichen Wissens und Könnens noch sehr lebendig ist. Das beweist nicht nur der große Stamm der Leser des „Fachblattes“, die zahlreichen Antworten auf Fragen aus der Praxis, die in den Seiten des „Fachblattes“ abgedruckt sind, geben Kunde von dem Interesse, welches dem „Fachblatt“ als Ratgeber in beruflichen Zweifelsfragen entgegengebracht wird. Das „Fachblatt für Holzarbeiter“ kostet im Abonnement vierteljährlich 3 Mk., für Verbandsmitglieder, durch die Ortsverwaltung bezogen, 2 Mk. Der schon gebundene Jahresband, der im Buchhandel 14 Mk. kostet, kann durch die Ortsverwaltungen für 10 Mk. bezogen werden.

Der Roman „Roman von S. Trauen.“ Verlag: Büchergilde Gutenberg, Berlin SW. 61, Dreihofstraße 5. — Trauen lebt seit Jahren in Mexiko. Wie kann ein zweiter Beobachter er das Leben und

Streb der Völker. Er ist aber nicht nur ein guter Beobachter, sondern auch ein glänzender Schilderer. Die Aufnahme, die seine vielen Bilder gefunden haben, beweisen das. Auch sein neuer Roman wird wieder zahlreiche Freunde finden. Trauen erzählt hier von dem Leben der mexikanischen Carreteros. Das sind proletarische Indios, die als Fuhrleute arbeiten. Jahr für Jahr, der Hitze und Kälte, ihre dochbespannten Carretas über Gebirge und Ebenen führen, und die besonders in Gegenständen gebraucht werden, die weit von den Eisenbahnen des Landes entfernt sind. In dem Beispiel eines Carreteros, der als Hauptperson durch diese Geschichte geht, zeigt der Autor das Dasein einer ganzen Klasse, und darüber hinaus wird ein ganzes Volk und ein ganzes Land sichtbar. Trauens große Kunst der Erzählung gipfelt besonders in dem Kapitel des Buches, das sich mit dem Liebeserlebnis dieses Carreteros beschäftigt und das mit einer Gegenüberstellung von christlicher und indianischer Schöpfungslegende schließt. — Die „Mühsal“ hat das Buch vornehm ausgestattet. Es kostet für Mitglieder der „Mühsal“ 3 Mk., wenn es sofort, spätestens bis zum Jahresende, bestellt wird, nur 1,75 Mk. Mitglieder der „Mühsal“ kann jedermann werden. Wegen der Aufnahme wende man sich an die Ortsverwaltungen oder direkt an die Verlagsanstalt unseres Holzarbeiter-Verbandes.

Die „Arena.“ Roman von Vicente Blasco Ibañez. Aus dem Spanischen übertragen von Otto Albrecht von Dehler. Büchergilde Gutenberg, Berlin SW. 61, Dreihofstraße 5. — Im Mittelpunkt dieses Romans steht die Figur eines gefesteten Stierkämpfers. Wir erleben, wie der Sohn eines Fischhändlers als vagabundierender Lorenzo in der Provinz beginnt, wie er durch Berwegenheit und Glück Matorador wird, zur Ansehen und Reichtum kommt, wie er aber dabei von einer Arena in die andere gejagt wird und wie bei 72 Stiergefechten in einem Jahr alle Romantik zum Teufel geht. In Wirklichkeit ist dieser Liebling der Menge der Sklave der Menge, und das Sostiano verwandelt sich schnell in ein höhnisches „Arzeuget ihn!“, als der Matorador infolge einer Verwundung und der dann nicht mehr von ihm lassenden abergläubigen Furcht seine alte Berwegenheit einbüßt. Da er den Schimpf auszuweichen muß, stürzt sich der Stierkämpfer blindlings ins Verderben. Mit aufgeschlitztem Bauch wird er aus der Arena getragen. Die Sensa-

tionstakt der Menge hat ihr Schauspiel. In Wirklichkeit ist sie die einzige, die wirkliche Bethe der Arena. — Die Ausstattung des Wertes verdient volle Anerkennung. Es erscheint für die Mitglieder der „Mühsal“ als 3-Mark-Band.

Die „Arbeit.“ Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Zeppart, Schriftleitung: Lothar Erdmann. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mbH, Berlin S. 14. Abonnementpreis: vierteljährlich 3,00 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 Mk.

Im Verlag J. S. W. Diez Nachf. in Berlin erscheinen die folgenden Zeitschriften, deren Bezug unseren Lesern empfohlen werden kann: Die Gesellschaft. Internationale Revue für Sozialismus und Politik. Herausgegeben von Dr. Rudolf Hilferding. Erscheint monatlich. Preis jährlich 12 Mk. Vierteljahrsabonnement 4,50 Mk. — Die Frauenwelt. Illustrierte Zeitschrift für die schaffende Frau. Erscheint vierzehntäglich. Preis des Heftes 80 Pf., mit Schnittmusterbogen 10 Pf. mehr. — Die Gemeinde. Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Bezugspreis monatlich 90 Pf. — Der wahre Jakob. Illustrierte Zeitschrift für Satire, Humor und Unterhaltung. Erscheint vierzehntäglich. Preis pro Nummer 30 Pf. — Illustrierte Republikanische Zeitung. Erscheint wöchentlich. Preis der Nummer 20 Pf.

Gesundheit. Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. Aus dem Inhalt des Dezemberheftes: Hauptverband deutscher Krankenkassen, Mandat, Rüsse und Marzipan, Großbeulen, Mitarbeit der Mutter in Krankheitsfällen der Kinder, Anglia beim Wintersport. — Die „Gesundheit“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, sie kostet vierteljährlich 45 Pf. Krankenkassenmitglieder erhalten sie unentgeltlich am Schalter ihrer Kasse.

Zeitschrift für alle. Technische Monatshefte. Verlag Diez u. Co., Stuttgart, Pfaffenstraße 7. Bezugspreis im Vierteljahr einschließlich einer Buchbeilage 2,25 Mk., oder wenn die Buchbeilage gebunden gewünscht wird, 2,80 Mk. Einzelhefte kosten 75 Pf. — Das reich illustrierte Dezemberheft enthält zahlreiche wertvolle Aufsätze.

Kollegen für 1 Mark bekommt ihr von der Ortsverwaltung den **Almanach 1931**

Primaeski in allen Größen empfiehlt ab Lager billige **Eduardspäne, Waldsee in Württemberg, Schulstraße 241**

Fachschule Prospekt Rückp. für Wagen- u. Karosseriebau Köthen Ausbildung zu Meistern, Technikern, Kastenmacher-Kurse, Führerschein

Billigst an Substitutionsmitteln liefert original- süssdeutsche Hobel und Hobelbänke. — Preisliste gratis. **Adolf Häftele, Nagold**

Innungstischler- fadischeule in Beckum, Westf. Prospektfrei durch die Leitung **Höhner & Kraft**

Sprechmaschinen, Doppel- schneckenwerk, Samitteller m. Facette, Tonarm, Aluminium-Schalldose, Bremse, zins. 12,80 RM **C. M. Boske, HAMBURG, Schrödersstr. 2b**

Gummivaroren Sagen Artikel. Preisliste 0 gratis „Medica“ Berlin SW. 68. Altr. Saloblankestr.

Hobelbänke 70RM 2 m lg., kompl. Stahlsp. in Qualität. Blatt beste ged. Holz. Preis. gratis. **Karl Meißner, Pirmasens**

Sportschlitzen-Kufen Esche, gebogen, prima Ware 160 130 140 160 cm Holzlänge 1,50 1,80 2,10 2,50 Mk. pro Paar. Schneeschuhe. Preise auf Anfrage. Es handelt sich um aussergewöhnlich schöne Ware. Nichtbestehendes keine schwarz.

Max Walther Dresden-N. 22, Rehefelder Str. 53

Hienfong - Essenz Westlich 1000fach bewährt. 12 Flaschen Dtz. 4 Mk., 100 30 Flaschen 10 Mk. franko. Laborat. E. Wagner, Halle-Teicha 24.

Billige böhmische Bettfedern! 1 Pfund gratis, gute geschlossene Bettfedern 80 Pf., bessere Qualität 1 Mk., halbwelchse Baumg. 1,20 Mk. und 1,40 Mk., weisse Baumg. geschlossene 1,70 Mk., 2,30 Mk., 3 Mk., keine geschlossene Halbflaum-Bettfedern 4 Mk., 5 Mk., 6 Mk. Rappfedern, ungeschlossene, in Flaum gemengt, halbwelchse 1,75 Mk., weisse 2,40 Mk., 3 Mk., allerbeste Flaum 3,50, 4,50 Mk. Versand jeder beliebigen Menge zollfrei gegen Nachnahme, von 10 Pf. an franko. Muster und Preisliste kostenlos. **S. Benisch in Prag XII, Amerika ulice Nr. 180, Böhmen.**

Preisliste und Maßstäbe Preisliste gratis und franko. **Edith ULMIA** Patent- und Doppelhobel. 5.- M. Andere Werkzeuge auf Anfrage. Versand per Nachnahme. **Loop, Reichert, Löbau (Sa.).**

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Abteilung Buchhandlung / Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2 / Postfachkonto: Berlin Nr. 28397

Hobelbänke in Qualität, süddeutsche Ausführung. Blatt u. Gestell ged. trock. Buchenholz. 200 cm Blattlänge, mit Stahlspindel, zum Reklamepreis von 90 Mk. mit Verpackung frei jeder Station. Abbildungen gratis. Werkzeugprospekte gegen 20 Pf. in Briefmarken erhältlich.

Max Walther Dresden-N. 22, Rehefelder Str. 53

Beste, ergiebigste Qualität. Halbgl. rotband Nr. 2a 3a 4a pro Pfund Mk. 4,20 4,- 3,80 Bei 9 Pfund 10 Prozent Rabatt.

Leim- und Furnierlöfen fertigen als Spezialität v. 44.- Mk. an. Preisliste kostenlos. Lieferung franko. **Gebr. Bettinger, Freiburg i. B.**

Original-süddeutsche Hobelbänke 82 Mark, 2 m hintere Blattlänge, Stahlspindel. **Werkzeug - Neuheiten.** Preisliste gratis und franko. **Edith ULMIA**

Umsonst senden wir Ihnen auf Verlangen illustrierten Katalog über hyg. und chirurg. Gummivaroren. **Sanitätshaus „Medica“, Nürnberg 2**

Edith ULMIA Patent- und Doppelhobel. 5.- M. Andere Werkzeuge auf Anfrage. Versand per Nachnahme. **Loop, Reichert, Löbau (Sa.).**

Leimlöfen, Furnierböcke fabriziert als Spezialität, Preis. gratis, **Paul Ott, Stuttgart, Hermannstr. 21.**

EISU - Betten (Stahl u. Holz) Polst., Stahlmatr., Klünder, Chalm., an jeden Teilschlaf, Katal. fr. Eisenmöbelfabrik Sublt. Th.

Stuhlflechtröhre Beste, ergiebigste Qualität. Halbgl. rotband Nr. 2a 3a 4a pro Pfund Mk. 4,20 4,- 3,80 Bei 9 Pfund 10 Prozent Rabatt.

Max Walther Dresden-N. 22, Rehefelder Str. 53

Hausuhr-Werke in allen Preislagen nach Katalog von **ROBERT HUSBERG, NEUENRADE (WESTFALEN) 10.**

Kollegen! Fachblattbestellungen für das erste Vierteljahr 1931 sofort aufgeben

Preisabbau!

Musik Radio Sprechmaschinen **SCHULZ & GUNDLACH** BILDIGSTE BEZUGSQUELLE

Kollegen! Fachblattbestellungen sofort der Ortsverwaltung aufgeben

Sprechmaschinen-Laufwerke z. Selbst. la Doppelschneckenfederwerk einbauen (2 Stück 30-cm-Platten spielend) nebst allem Zubehör, wie Muttern, Gummunterlagen, Bräms, Regulator, Kurbel mit Rosette, 25-cm-Plattenteller mit Tuchbezug, Nickelklappbügelarm, in Aluminium-Schalldose nur Mark 26,—. Versand per Nachnahme, Tonführungen aus Holz und Metall. Katalog gratis und franko von **ROBERT HUSBERG, Neuenrade Nr. 10**

Sage Deinem Betriebsleiter PORA = FURNIERUNGSMITTEL, Casein-Kaltleim, Zinol, das selbsttätige Zinkzulaugen-Reinigungsmittel bedeuten Geldersparnis, Arbeitsvereinfachung. — Anfrageschriften und Proben kostenlos. Pora wird in mehr als 12000 Betrieben, in führenden Grossbetrieben verwendet. — Schreiben Sie bitte an **PORA- WERK PAUL SCHROT, BAD SOODEN, ALLENDORF**

BILLIGE BÜCHER

Aus Restbeständen — Aus unserem Antiquariat

A 2	Anzengrübbers Werke in 4 Bänden	7,—	A 49	Lessings Werke in 3 Bänden	5,50
A 4	Max Barthel, Der Mensch am Kreuz, Roman nach dem Tagebuch eines katholischen Pfarrers	2,40	A 50	Ludwigs Werke in 2 Bänden	3,50
A 9	Wilhelm Blos, Die Französische Revolution von 1789 bis 1804	2,50	A 52	Cläre Meyer-Lugau, Das geheimnisvolle Land, Band 5. Jugendschriften der neuen Gesellschaft	0,50
A 10	Braun, Die Gewerkschaften vor dem Kriege	2,—	A 53	Mörkles, Werke in 2 Bänden	3,50
A 12	Brehms Tierleben in 6 Bänden	18,—	A 55	Clara Müller-Jahnke, Ich betenne, Die Geschichte einer Frau	0,50
A 13	Chamisso's Werke in 2 Bänden	3,50	A 56	Nestriepke, Die Gewerkschaftsbewegung, 3 Bände, zusammen	5,—
A 14	A. Conrad, Geschichte der Revolutionen, vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der Französischen Revolution, 2 Bände, zus.	4,—	A 57	Preczang, Freie Gedanken, Sprüche der Freiheit, Weisheit und Gerechtigkeit von Dichtern und Denkern aller Zungen	2,—
A 15	Die bildende Kunst in Gegenwart und Vergangenheit, 3 Bände mit vielen, zum Teil farbigen Abbildungen	12,—	A 58	Neclam, Praktisches Wissen, 800 Seiten Text, 947 einfarbige und bunte Textbilder, 16 Seiten Atlas, 16 farbige Tafeln, 8 Kupfertiefdrucktafeln und 2 Doppeltonbilder	12,—
A 16	Die Befreiung der Menschheit, Freiheitsideen in Vergangenheit und Gegenwart. Mit vielen Abbildungen	9,—	A 63	Reuters Werke in 8 Bänden	14,—
A 17	Eichendorfs Werke in 2 Bänden	3,50	A 64	Scheffels Werke in 3 Bänden	5,50
A 18	Lothar Erdmann, Die Gewerkschaften im Ruhrkampf	1,20	A 65	Dr. John Schilowski, Sitten- und Charakterbilder aus der Französischen Revolution	0,50
A 20	Franc-Harrar, Tier und Liebe, Geschichten von Unterdrückten und Verkommenen	2,40	A 66	Schillers Werke in 6 Bänden	10,—
A 22	Furtwängler, Arbeit und Volksklassen im Wandel der Geschichte	0,75	A 70	Hugo Schulz, Blut und Eisen, Krieg und Kriegerturn in alter und neuer Zeit, 2 Bände, zusammen	5,—
A 23	Geibels Werke in 2 Bänden	3,50	A 71	Shakespeares Werke in 4 Bänden	7,—
A 26	Goethes Werke in 6 Bänden	10,—	A 72	Martha Steinitz, Helben der Götter, Band 6. Jugendschriften der neuen Gesellschaft	0,50
A 30	Hauuffs Werke in 2 Bänden	3,50	A 73	Storms Werke, 4 Bände	7,—
A 32	Heibels Werke, 4 Bände	7,—	A 74	Saunders und seine Nacht in 8 Bänden	12,—
A 33	Heibels Werke in 6 Bänden	10,—	A 75	Friedrich Wendel, Hans Baluschel, Eine Monographie mit vielen Bildern	3,—
A 36	Höbberlins Werke in 2 Bänden	3,50	A 80	Rora Zeppler, Heiratlich Heine, Band 3. Jugendschriften der neuen Gesellschaft	0,50
A 37	Arno Holz, Dasals, Frey, Sauf- und Bemslieder	3,—	A 91	Karl Zwing, Soziologie der Gewerkschaftsbewegung, Erster Teil: Gewerkschaften und Wirtschaft	1,80
A 38	Arno Holz, Buch der Zeit	3,—			
A 43	Kellers Werke in 6 Bänden	10,—			
A 46	Alexander Knoll, Handwerksgehlen und Lehrlinge im Mittelalter	0,75			
A 48	Camille Lemonnier, Der eiserne Mensch, Roman	2,40			

Bei Bestellungen genügt die Angabe der Nummer.